

Die „Weltwacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expeditor, Neue Gasse Nr. 2/3, durch die Post und durch Botenpost zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 80 Pf., Postgebühren Nr. 2170.

Weltwacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellung für die nächsten Monate ist jederzeit möglich. Die Expedition abgehoben werden.

Telephon Nr. 1206

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 45.

Donnerstag, den 23. Februar 1903.

16. Jahrgang.

Agrar- und Industriestaat.

Der Reichskanzler Hohenlohe nannte Deutschland gelegentlich einmal zum großen Verdruss der Agrarier einen Industriestaat. Heute sprechen die Regierungsvertreter von Deutschland als von einem Agrar- und Industriestaat. Es ist müßig, darüber zu streiten, ob der eine oder der andere Ausdruck richtig ist. Ein Industriestaat im Sinne Englands ist und wird Deutschland keinesfalls, denn dazu ist die Schichte der landwirtschaftlichen Bevölkerung viel zu breit. Man mag also ruhig unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der landwirtschaftliche Betrieb in Deutschland stets einen großen Teil der Bevölkerung beschäftigt wird, von Agrar- und Industriestaat reden. Warum? Bei dem ganzen Streite, der mit den erwähnten Schlagworten geführt wird, antwortet, das ist die Frage: muß bei den heutigen Verhältnissen die deutsche Wirtschaftspolitik mehr die Industriellen oder die agrarischen Interessen fördern? Und diese Frage findet sehr leicht ihre Beantwortung dadurch, daß man die Art und Weise, wie der Bevölkerungszuwachs des deutschen Reiches existenzfähig gemacht wird, in den Mittelpunkt der Erörterung stellt. Deutschland vermehrt sich jedes Jahr um circa 900,000 Menschen. Für sie muß Nahrungsspielraum geschaffen werden. Wäre die Landwirtschaft imstande, jedes Jahr einem solchen Zuwachs an Menschen eine Existenz zu gewährleisten, so könnte man vielleicht die sozialpolitische Fürsorge der Regierung für die Landwirtschaft einigermaßen verstehen. Aber es ist notorisch, daß die Landwirtschaft nicht in der Lage ist, den Bevölkerungszuwachs in sich aufzunehmen. Zugegeben soll werden, daß zur Befriedigung der Leutenot vielleicht 1 bis 2 Jahrgänge des Zuwachses von der Landwirtschaft ernährt werden könnten. Aber darüber hinaus ist die deutsche Landwirtschaft mit Menschen vollständig gesättigt. Ja die wahrscheinliche Weiterentwicklung ist die, daß in der Zukunft infolge von vermehrter Anwendung der Maschinenarbeit an menschlicher Arbeitskraft noch Ersparnisse zu machen sind. Die Entvölkerung des platten Landes, der steigende Zuzug nach den industriellen Zentren und Großstädten ist der beste Beweis, wie unmöglich zur Zeit eine steigende Ansiedelung in den rein ländlichen Bezirken ist. Gewiß braucht es nicht immer so zu bleiben, aber augenblicklich haben wir mit der Tatsache zu rechnen, daß in absehbarer Zeit keine wesentliche Milderung in dem Gang dieser Entwicklung eintreten wird. Die 900,000 Menschen, die jährlich dem deutschen Reiche zuwachsen, müssen aber mit Arbeit und Verdienst versehen werden, um leben zu können. Wird für sie nicht Nahrungsspielraum geschaffen, so würde ein überaus starker Export von Menschen eintreten müssen, wie dies in verschiedenen Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts der Fall war, in denen die deutsche Industrie in ihren ersten Anfängen begriffen war, und die Landwirtschaft auch schon kein Auskommen für eine vermehrte Bevölkerung bot. Wollen wir keine massenhafte Auswanderung, so müssen Gewerbe, Handel und Verkehr für den Bevölkerungszuwachs eine

Existenzmöglichkeit schaffen. Dies kann auf zweierlei Weise geschehen: entweder macht man den inländischen Marktaufnahmekräftiger, als er heute ist, so daß beträchtlich mehr gewerbliche Erzeugnisse von der heimischen Bevölkerung konsumiert werden, oder man sorgt für eine Vergrößerung und Vermehrung des ausländischen Absatzes, wodurch die Zahl der in der Industrie beschäftigten Personen beträchtlich wachsen kann. Bei der heutigen Wirtschaftspolitik ist an ein Beschreiten ersteren Weges leider noch nicht zu denken. Die Lage der Landwirtschaft, die Organisation der gewerblichen Erzeugung, sowie die heutige Art der Güterverteilung lassen es ausgeschlossen erscheinen, daß eine Steigerung des inländischen Massenkonsums in einem Grade eintreten könnte, der schon in einer nahen Zukunft die Lösung der Frage des Bevölkerungszuwachses bringen würde. Es bleibt daher für die diesmalige Periode der Handelsverträge in der Hauptsache nur der zweite Weg offen; das heißt, Deutschland muß seinen gewerblichen Export von Jahr zu Jahr steigern, um dem größten Teil seines jährlichen Bevölkerungszuwachses eine Existenz zu bieten. Der Teil des Bevölkerungszuwachses, der direkt für den Export arbeitet, verstärkt gleichzeitig auch den Konsum des Inlandmarktes, da der industrielle Arbeiter durchschnittlich mehr verbraucht als der Arbeiter in der Landwirtschaft. Je günstiger wir also exportieren können, je besser die am Export beteiligten Arbeiter gestellt werden, desto stärker wächst gleichzeitig auch der inländische Konsum, sobald ein Gewinn bringender Export direkt und indirekt die Möglichkeit schafft, der anwachsenden Bevölkerung Nahrungsspielraum zu gewähren. Betrachtet man nach solchen Erwägungen die Frage, ob Deutschland ein Industriestaat oder ein Agrar- und Industriestaat zu nennen ist, so erkennt man, daß weder mit der einen noch mit der anderen Bezeichnung eine Maxime für die Handelspolitik gewonnen werden kann. Der Konsum der landwirtschaftlichen Bevölkerung fällt viel zu stark ins Gewicht, um Deutschland als einen reinen Industriestaat ansprechen zu können. Der günstige Einfluß einer guten Ernte und bester Getreidepreise zeigte sich z. B. in den Jahren 1902 und 1903. Wo der Mehrertrag aus der Ernte gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1899 bis 1902 auf ca. 356 Millionen Mark zu schätzen war. Im Jahre 1902 war die Mehreinnahme gegen 1901 noch erheblicher. Man kann sich lebhaft vorstellen, daß eine solche Mehreinnahme auch zu vermehrten Ausgaben veranlaßt. Nicht nur der persönliche Konsum gestaltet sich besser, es werden vor allem auch Neuanfassungen für den Betrieb gemacht. Die Intensität des Konsums war nach der guten Ernte des Jahres 1902 um so erheblicher, als nach der unerfreulichen Ernte des Jahres 1901 eine starke Einschränkung des Konsums eingetreten war. Die Besserung des gewerblichen Beschäftigungsgrades seit Herbst 1902 stand in ziemlich direktem ursächlichem Zusammenhang mit dem Ernteausfall des nämlichen Jahres. Ebenso dürfte die besonders in die Augen fallende Erholung gegen Ende des Jahres 1903 wieder durch die gute Ernte mit Verursacht worden sein. Infolge dieser

Wirkung der Landwirtschaft auf Gewerbe und Industrie kann man Deutschland nicht als bloßen Industriestaat bezeichnen. Aber die Tatsache, daß die Bevölkerungsziffer, die von der Landwirtschaft beschäftigt und ernährt werden kann, keiner beträchtlichen Steigerung fähig ist, und die von dem Ausfall der Ernte bedingten Konsumschwankungen sehr stark ins Gewicht fallen, ergibt als notwendige wirtschaftspolitische Aufgabe Deutschlands eine gesunde Steigerung des industriellen Exportes, durch den zur Zeit allein die Existenz des Bevölkerungszuwachses Deutschlands gewährleistet wird. Diese Notwendigkeit bedingt aber, ob wir nun von Industrie- oder von Agrar- und Industriestaat sprechen, vor allem die Berücksichtigung der Interessen der Exportindustrie. Und gerade diese Interessen werden durch die neuen Handelsverträge geschädigt.

Arbeitskammern!

Der Reichstag schob zwischen zweite und dritte Lesung der Handelsverträge einen sogenannten Schmerensstag ein, d. h. eine zur Beratung von Anträgen aus dem Hause bestimmte Sitzung. Es lagen eine Reihe sozialpolitischer Anträge vor. Unsere Fraktion hat einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf eingebracht, der einen vollständigen sozialpolitischen Organisationsplan enthält. Wir verlangen ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und ihnen zur Seite paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzte Arbeitskammern, die zugleich als Einigungsämter zu fungieren haben. Auch die polnische Fraktion, sowie die Nationalliberalen fordern ein Reichsarbeitsamt; das Reichsarbeitsamt der Nationalliberalen ist allerdings nur eine etwas erweiterte arbeitsstatistische Reichskommission; auch sind beide Anträge nicht als Gesetzentwürfe, sondern nur als Resolutionen eingebracht.

Die Debatte gestaltete sich recht interessant. Ihr wichtigstes Moment war, daß der sozialpolitische Renommierhengst des Zentrums, der Abg. Reimhorn, sich als eine recht rückständige Postkarte offenbarte. Diese Demaskierung des Vertreters von Köln verschaffte sogar seinem schwäbischen Parteigenossen Erzberger die Gelegenheit, ein Ständchen als sozialpolitische Leuchte zu glimmen. Und wie beim Zentrum, so schien auch bei den Freisinnigen die Rolle veräußert. Der Abg. Dr. Bachmide, der sonst so gern den sozialpolitischen Stürmer und Dränger spielt, sprach matt, wie ein Beschwichtigungshofrat, während der Volksparteiler Dr. Mugdan den Versuch machte, sich als sozialistisch-radikaler französischer Oberwanz zu etablieren; das neue Gewand das er seit dem großen Bergarbeiterstreik trägt, sieht ihm zur Zeit noch unbequem, als die allgewohnte Scharfmachertoga. Auf der rechten Seite übertraf sich der schlichte Mann aus der konservativen Werkstatt Pauli-Poisdam durch plumpe Jeremiaden über die Bekämpfung der Unternehmer, wie man sie in dieser Blattheit selbst von ihm noch nicht vernommen hatte; weit verständiger sprach der Antisemit Raab, dessen kleinstädtische Grillen durch den Aufenthalt am Welthandelsplatz Hamburg ein wenig gemildert erschienen. Der nationalliberale Dr. Pavig sprach in seiner weinerlichen Einerseits-andererseits-Weise; radikal mit dem Munde war der Pole Kulerski.

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Segeler.

87 (Nachdruck verboten.)
 Anna gehorchte und sah dem Austräumen des Zimmers zu. Die Gardinen waren heruntergenommen, die Spiegel verhängt, die mit grauen Ueberzügen verdeckten Fauteuils und das Sofa in langen Reihen gegen die Wand gerückt. Als Anna in einem Anfall von trotziger Auflehnung behauptete, sie müsse den Spiegel nach oben haben, da sie ohne Mühe nicht leben könne, erwiderte er ruhig:
 „So lange ich noch lebend bin, kann ich keine Mühe vertragen. Du mußt also einwilligen darauf verzichten.“
 Die Vasen und die Blattschlingen wurden aus dem Erker gebracht, die französischen Bougen und Nippesachen in Kisten zwischen Holzwohle verpackt, die Maronorbüße der Medicischen Venus, die hinter Annas Schreibtisch gestanden hatte, lag mit Büchern und Zeitungspapier unentwickelt in einem Korb. Der Kronleuchter hatte einen Umhang von Lumpen bekommen, die Bilder standen in ihren Alendrahmen gegeneinandergelehnt an der Wand. Die Teppiche lagen aufgerollt auf dem Fußboden. Horstmann überwachte die Anordnungen wie der Untereinnehmer eines Möbeltransportes und gab in rauhem Ton Befehle. Als die Leute ein Stück zu zaghaft angriffen, sagte er:
 „Nur zugebacht, die Sachen sind doch keine rohen Eier.“
 Es war, als wenn er auf alle diese Postarbeiten, an denen Annas Herz so hing, einen Haß geworfen hätte. Zuletzt ließ er Kampfer in die Ecken streuen, dann sah er sich noch einmal um und fraate seine Frau:
 „Jetzt ist wohl alles in Ordnung?“
 Anna nickte stumm. Er ging an die Fenster und ließ rasselnd die Rolläden herunterfallen. Mit einem Mal war es schwarz in dem Raum, der nur durch die halbgeöffnete Flügelstür des Speisenzimmers einiges Licht erhielt. Fassungslos hielt Anna die Türklammer umklammert, als könnte sie sich von diesem Raum, in dem ihre glücklichsten Jahre, ihr bestes Stück Leben, das Leben einer Weltbühne sich abspielt hatten nicht trennen. Erst als ihr Mann ihre Hand losmachte, ließ sie die Klinke fahren. Er schlug die Tür zu und drehte den Schlüssel um. Da warf sie sich in einen Stuhl und brach in Weinen aus.
 Vor dem Essen ließ Horstmann anspannen, um Frau Dittmars fortzubringen. Beim Abschied sagte er zu ihr in Gegenwart Annas:
 „Ich habe meiner Frau verboten, Sie oder Dehwitz ohne meine Erlaubnis zu besuchen. Sollte sie diesem Verbot zuwiderhandeln, so würde die Folge davon sein, daß ich sowohl von Ihnen wie von Hauptmann Dehwitz das Geld, das Sie mir schulden, bis zum letzten Pfennig eintreibe.“
 Nachmittags wurde auch das Zimmer ausgeräumt und ver-

schlossen. Als am nächsten Tage der Ingenieur auf seinem Zimmer war, benutzte Anna die Gelegenheit, um einen flehentlichen Brief an ihre Mutter zu schreiben: sie möchte sie um Gotteswillen aus den Händen dieses Menschen befreien. Horstmann ließ offenbar wieder gefesselt und gehöre in eine Anstalt. Den Brief ließ sie durch das ihr ergebene Kammermädchen hintreiben. Aber sie bekam von ihrer Mutter nur eine kurze Antwort: Anna müsse sich gebulden und vor allem keine vorläufigen Schritte tun. Dehwitz würde mit Dr. Zimmer sprechen. Für den Augenblick ließe sich nichts tun. Anna warf den Brief mit bitterem Lächeln in den Ofen. Es war klar, ihre Verwandten fürchteten, Horstmann würde seine Drohungen wahr machen.
 Eine Woche lang war sie gänzlich von der Außenwelt abgeschnitten. Sie hoffte immer, daß Bert oder eine ihrer Freundinnen sie besuchen würde. Aber niemand ließ sich sehen. Von ihrer Kammerjungfer erfuhr sie, Bert sei allerdings zweimal dagewesen, Mewes habe aber den Auftrag, jeden Besuch abzuweisen. Nur fünfzehnten entließ Horstmann sämtliche Dienstmädchen, indem er ihnen Lohn und Befehlsung bis zum Ende des Monats voranzubehalt. Eine neue Köchin kam. Seitdem fehlte Anna sich noch verlässlicher.
 Diese Zeit war für Anna die schlimmste ihres Lebens. Jeder Tag wurde zu einer Ewigkeit. Sie starrte aus dem Fenster, zerbiss sich die Lippen vor innerer Unruhe, zählte die Schwäne auf der Landstraße, spähte nach den Menschen, die vorbeizogen, starrte auf die Uhr, deren Zeiger langsamer als eine Schnecke schlich, lauschte auf das Taktmaß, das immer lauter dröhnte, daß ihr weh tat, wie Dammerschläge, die sie zerbröckelten. Und eine plötzliche Nervosität ergriff sie, daß ihre Hände zitterten, und ihr Herz schlug, als wollte es ihre Brust sprengen. Sie saß in die Höhe, es ging so nicht weiter, dieser Zustand machte sie verrückt! Die abenteuerlichsten Pläne schwebten ihr durch den Kopf. Sie wollte zu Bekannten laufen, benehmen ihr Leid klagen. Sie mußten ihr gegen Horstmann helfen. Aber die Scham hielt sie zurück. Sie wollte Bert nachreisen, der jetzt in Paris war. Aber sie sah ein, daß es unmöglich war. Was tun? Was tun? Es gab nur eine Rettung. Der Arzt mußte kommen und ihren Mann für verrückt erklären. Das war die letzte Hoffnung, an die sie sich klammerte.
 Eines Tages ließ sich Geheimrat Zimmer wirklich melden. Horstmann, der gerade im Garten gegraben hatte, begab sich sofort auf sein Zimmer. Der alte Herr stand fröhlich an den Kamin angelehnt und blätterte in einer technischen Zeitschrift. Er begrüßte den Ingenieur mit seinem stillen diplomatischen Lächeln. Dann rief er sich die krebsroten bürren Hände, die vom ewigen Waschen rauh wie eine Reibebrille waren.
 „Ich wollte mich nur mal nach Ihrem Befinden erkundigen, da ich gerade vorbeikam. Es freut mich, daß Sie so wohl aussehen.“
 „Es geht mir auch recht gut“, erwiderte Horstmann. Er betrachtete den Arzt mit argwöhnischen Blicken. Von selbst war dieser gewiß nicht auf den Gedanken gekommen, ihn zu besuchen. Nach einiacn gleichgültigen Fragen gab der Arzt das auch an.

„Ich will ganz offen sein. Mein Kommen hat eine besondere Veranlassung.“
 „Sie sind geschickt worden... natürlich!“
 „Das dürfte doch nicht ganz das Richtige sein. Offenlich erscheint Ihnen mein Besuch nicht als Ausdruckslichkeit. Ich schmeichle mir, daß Sie mir einigermassen Vertrauen bewahrt haben. Sollte das nicht der Fall sein...“
 „Gewiß, ich habe zu Ihnen noch dasselbe Vertrauen wie früher. Wo was ist los?“
 „Haben Sie nicht vor einiger Zeit ziemlich bedeutende Veränderungen in Ihrem Hauswesen vorgenommen?“
 „Woher wissen Sie das?“
 Der Geheimrat tupfte sich, ehe er antwortete, vorsichtig mit dem frischgeplätteten Taschentuch über die dünnen Lippen, die Nasenspitze und fuhr sich über die wimperlosen Augen, die stets ein wenig trüben.
 „Sie wissen ja selbst, lieber Herr Horstmann, quando convulsus, garrulus incipit.“ Ein Mann von Ihrer Stellung kann hier nichts unternehmen, ohne daß es in der Gesellschaft lebhaft kommentiert würde.“
 „Die Sache liegt einfach so, Herr Doktor. Meine Frau gab eine Gesellschaft, von der ich nichts wußte. Das war schon nicht recht. Es wurde Klavier gespielt. Da mich das nichts machte, habe ich sehr höflich gebeten, das doch lieber zu lassen. Die Leute sind daraufhin gegangen. Meiner Frau habe ich gesagt, sie solle mir vorher mitteilen, wenn sie jemanden einlädt. Ist das etwa ein unbilliges Verlangen?“
 „Gott behüte! Ich kann Ihnen darin nur beipflichten, sowohl vom menschlichen wie vom medizinischen Standpunkt. Einstweilen müssen Sie sich schonen, später freilich...“
 „Ich will Ruhe haben. Die tut mir vor allem not.“
 „Gewiß, erstweilen. Später aber sollten Sie sich doch wieder am öffentlichen Leben beteiligen. Es ist immer gefährlich, wenn eine Kraft, wie die Ihre, die so sehr an Beschäftigung gewöhnt ist, plötzlich brach liegt.“
 Horstmann runzelte die Stirn.
 „Wenn einem die Arbeit mit Unabsehbarkeit belohnt wird, verliert man die Lust daran. Wenn Sie jemanden von einer Krankheit kureren, und statt, daß er Ihnen die Rechnung bezahlt, verlegt er Ihnen einen Fußtritt. Was täten Sie dann?“
 „Ebenfalls würde ich die Behandlung dieses Menschen einem Kollegen überlassen“, erwiderte der Arzt mit einem Lächeln. „Ich begreife vollkommen, daß die Geschichte seiner Zeit Sie schwer getroffen hat. Aber Sie wissen, glaube ich, daß das Ganze mehr eine unglückliche Verkettung von Mißverständnissen als eine gewollte Zurücksetzung war. Uebrigens bin ich ganz Ihrer Ansicht, Sie haben Ihre Ruhe verdient. Aber deshalb sollten Sie sich nicht gänzlich vom Leben zurückziehen.“
 „Das habe ich auch nicht vor.“
 (Fortsetzung folgt.)

Den Standpunkt unserer Fraktion wahren die Genossen Ziele, die die Begründung eines Antrages ist, und dabei, der das Schlußwort hatte. Beide wiesen unter lebhaftem Beifall unserer Fraktion auf die Notwendigkeit hin, endlich auch den Arbeitern die gesetzliche Vertretung zu geben, die die anderen Berufsstände, von den Agrariern bis zu den Apothekern, von den Großindustriellen bis zu den Kleinhändlern, besitzen. Das Resultat der Beratung war: Unser Antrag kommt in zweite Lesung, wo ihn nach Einberufung der Anträge des Reichstages schon irgend wie abzuschleifen wird, der ziemlich bedeutungslose nationalliberale Antrag wurde angenommen und der polnische der Regierung als Material überwiesen.

Die starke Besetzung des Hauses dauerte durch den Vollzug herangekommener Winterwahlen wurde benutzt, um die namentliche Abstimmung vom Sonnabend zu wiederholen und den Tagesantrag des Reichstages auf dessen Wunsch an eine Kommission zu überweisen.

Am Mittwoch dritte Lesung der Handelsverträge.

Politische Uebersicht.

Wer schöpft das Fett ab? Wir lesen in einem bürgerlichen Blatte: „Die Frage, ob es gestattet sein dürfe, daß zahlreiche Aufsichtsratsmandate für Aktiengesellschaften u. in eine Hand gelegt werden, ist oft erörtert worden, und es ist dabei stets die Ueberzeugung zum Durchbruch gelangt, daß Persönlichkeiten, die eine große Zahl von Aufsichtsratsstellen bekleiden, gar nicht imstande sein können, ihre verantwortlichen Posten gewissenhaft auszufüllen. In dem meisten Fällen wird die Aufhäufung von Aufsichtsratsmandaten in einer Hand nur als mühseliger Selbsterwerb angesehen, so daß der Aufsichtsrat in vielen Fällen zu einer Defekation herabstinkt. Nach einer Zusammenstellung des „Berliner Tageblattes“ sind gegenwärtig 20 Personen im Besitze von je 10 Aufsichtsratsmandaten; je 11 Mandate besitzen 15, je 12 Mandate ebenfalls 15, je 13 Mandate 17, je 14 Mandate 8, je 15 Mandate 13, je 16 Mandate 7, je 17 Mandate 3 Personen. Ueber 17 bis 20 Mandate besitzen je 5, über 20 bis 30 Mandate sind in der Hand von je 32 Personen. Am weitesten haben es jedoch zwei Kölner Herren gebracht: von diesen bekleidet der eine 33, der andere sogar 35 Aufsichtsratsstellen. Geplagte Leute! Die ganze Aufsichtsratsstätigkeit besteht darin, außer festen Dividenden noch feste Lantienmen einzusacken und auf die Arbeiter zu schimpfen, die auch etwas mehr verdienen wollen!

Gefinnung „adelt“. Der „Vorwärts“ meldet: In einem größeren Vorort des Südostrans von Berlin hat ein hiesiger Kärnermeister zwölf Jahre hindurch das Amt eines Schöffen und Stellvertretenden Gemeindevorsetzers ausgeübt. Mit sieben gegen fünf Stimmen ist der Mann, der außer den erwähnten Ämtern auch noch das Amt eines San des beamteten verfehlt, wiedergewählt worden, und es bleibt wohl kaum zweifelhaft, daß die Regierung ihn, wie vor zwölf Jahren, so auch jetzt wieder bestatigen wird. Eine Postkarte von der Hand dieses Kommunalbeamten hat folgenden räthselhaften Inhalt:

„Wie wäre einem anzuhängen zu sein, über Kloben Knevel Reis I was an 14ten Ter laust w.e.t. Achtungswoll (solat Unterzeichn.)“

Der Mann ist fähig, in der Nachbarschaft Berlins eines der wichtigsten Gemeindevorsetzer auszuüben. Ein anderer, möchte er auch auf das beste geschult und fleißiger als nur einer in seinem Lebenswandel dastehen, würde in solchem Amte nie von der Regierung bestatigt werden, wenn er sich zu einer Weltanschauung bekennete, der sich heute bereits der dritte Teil des deutschen Volkes zugewandt hat und zu der sich zum Heil für unser Vaterland in nicht zu ferner Zeit hoffentlich die Mehrheit des Volkes bekennen wird.

Das Versammlungsrecht im Goethelande. In der letzten Sitzung des meimarschen Landtags richtete der Hrn. Haubert an die Großherzogliche Staatsregierung folgende Anfrage:

Am 17. Februar 1902 beschloß der Landtag einstimmig, die Großherzogliche Staatsregierung möge baldmöglichst dem Landtage einen das Vereins- und Versammlungsrecht regelnden Gesetzesentwurf vorlegen.

Seitdem sind nun mehr denn drei Jahre vergangen, ohne daß die Großherzogliche Staatsregierung diesem einstimmig gefaßten Beschlusse des Landtages die Beachtung geschenkt hat, die man nach Lage der Verhältnisse hätte erwarten können.

Das Kapitel der „restriktiven Beschränkung der Versammlungsrechte im Großherzogtum Sachsen“ nach den Feststellungen des Herrn Prof. Dr. E. Kober, ist innerhalb der letzten drei Jahre nur eine ganze Anzahl einzelner Fälle vermerkt worden, die sich nicht nur auf das Verbot von politischen, sondern auch von gewerkschaftlichen Versammlungen erstrecken. Sogar Bürger-Versammlungen und Versammlungen sind mit Beschränkungen verboten worden, die zu launem Spott über den Reichserbköniglichen Anlaß gaben, die nur in einem Lande indisch sind, in dem ein Mangel an politischen Rechtsgarantien vorhanden ist oder die missbräuchliche Anwendung der amtlichen Gewalt seitens der obersten Verwaltungsbehörde sanktioniert und gebilligt wird. Da aber ein derartiger Zustand nicht dazu beiträgt, das Ansehen eines Staates zu heben und der Landtag durch seinen einstimmigen Beschluß am 17. Februar 1902 dem Wünsche Ausdruck gegeben hat, der politischen Rechtsunsicherheit im Großherzogtum Sachsen ein Ende zu machen, frage ich die Großherzogliche Staatsregierung:

Wird diesem Landtage noch eine Vorlage zugehen, durch welche eine Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes herbeigeführt wird, die der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung entspricht und eines Kulturstaates würdig ist?

Daß die Antwort, die im Ministerium des Innern ausgearbeitet wird, die bestehenden Mißstände befreit, ist vorauszusehen. Immerhin darf man gespannt sein, was für ein Diplomatenstückchen sich die Regierung bei der Beantwortung leisten wird.

Eine konservative Unversöhnlichkeit ist jetzt aufgedeckt worden. Aus S j e n wird geschrieben:

„Unter dem dringenden Verdacht, das Attentat gegen den Kaiser in Hamburg zu beschleunigen am 10. Februar verhaftet zu haben, ist der Streifenwärter verhaftet worden, der den Zug anhielt, weil die Weichen mit Steinen versperren waren; er hat, wie bekannt, die Belohnung für Verhütung von Unglücksfällen erhalten.“

Dieses Eisenbahn-Attentat war von der „Schief. Bg.“ und ähnlichen Geistes unter der Rubrik „Vergarbelter Freit“ berichtet worden. In der Beschimpfung der Arbeiter kennt das rohe Janderblatt keine Grenzen.

Parvus in Berlin. Für die russo-borussischen Zustände in der Hauptstadt des Reiches hat Genosse Dr. G e l y h a n d, der unter dem Schriftsteller-Namen Parvus weiteren Parteikreisen bekannt ist, eine neue Illustration liefern können. Wie er dem „Vorwärts“ mitteilt, ist er am 11. Februar d. J. plötzlich aus dem Berliner Hotel, in welchem er logierte, verhaftet worden. Er ist nämlich im Jahre 1888, also vor 12 Jahren als „lästiger Ausländer“ — Parvus ist Russe — aus Preußen ausgewiesen und hat seit längerer Zeit in München seinen Wohnsitz. Nachdem er also zur Vollzeit zitiert war, wurde er einer Lebenshaft unterworfen und ihm sämtliche Privat- und Geschäftsbriefe, die er bei sich trug, abgenommen. Der vernehmende Polizeiasessor las diese Briefe gemüthlich durch, trotzdem der Verhaftete dagegen lebhaft protestierte. Nach längerem erzwungenen Drängen wurde der Prozeß des Genossen Parvus endlich von dem vornehmsten Polizeirat zu Protokoll genommen und zwei Tage später erhielt der Verhaftete den Befehl seitens des Polizeipräsidenten, daß die Durchsuchung der Papiere ohne gerichtliche Anordnung ungesetzlich sei und der Beamte „entsprechend bestraft“ worden sei. Was natürlich nicht hindert, daß die distreten Angelegenheiten geistlicher und privater Natur, die in den Briefen behandelt waren, nun einmal widerrechtlich zur Kenntnis dritter Personen gekommen sind. Uebrigens sei noch erwähnt, daß Dr. Gelyhand wegen „Vandalismus“ zu drei Tagen Haft verurteilt wurde, die er sogleich hat abzusitzen müssen, um auf neue einen Einblick in die herrlichen Zustände Borussiens zu gewinnen!

Alkohol und Eisenbahndienst. In einem längeren, die Fürsorge für die Eisenbahnbediensteten behandelnden F-asse kommt Minister von Bunde auch auf den Genuß geistiger Getränke zu sprechen. Er wünscht, daß die Beamten durch Vorträge und Schriften über die schädlichen Wirkungen des Alkoholgenußes auf Körper und Geist, auf das Familienleben und den Dienst aufgeklärt werden, und daß vor allem der übermäßige Alkoholgenuß im Betriebe die Arbeit wegen seiner Gefährlichkeit für die Betriebssicherheit bekämpft werde. Um den Alkoholgenuß wenigstens während des Dienstes zu erschweren, bestimmt der Erlaß u. a. folgendes:

Das Mitbringen von Schnaps und ähnlichen Getränken in den Dienst wird sämtlichen Bediensteten bei Strafe verboten; den Direktoren bleibt überlassen, in geeigneten Fällen Ausnahmen zuzulassen. Die von der Eisenbahnverwaltung eingerichteten Kantinen dürfen Schnaps um nicht selbst; den Bahnhofsbediensteten ist der Verkauf von Schnaps usw. nach Maß an Personen, die sich die Behälter selbst mitbringen, zu unterlassen; sie sind andererseits zu verpflichten, alkoholfreie Getränke an die Bediensteten zu billigen Preisen abzugeben. Auch sollen Kaffeemaschinen und Selbsterwärmungsapparate mehr und mehr zur Einführung gelangen, die Kanistellen für Trinkwasser auf den Stationen vermehrt werden u. s. w.

Zum Schluß spricht der Minister das Vertrauen aus, daß diese Anordnungen und die mannigfachen Einrichtungen der letzten Jahre, die auf Hebung der Wohlfahrt unter den Bediensteten abzielen, ein wirksames Mittel darstellen werden, um dem Alkoholmißbrauch zu sichern und damit den Gefahren, die er in sich birgt, vorzubeugen. — Die beste Bekämpfung des Alkohols wäre eine gründliche Verbesserung der Löhne der Eisenbahner, damit sich dieselben bessere Nahrung leisten können, dann brauchen sie weniger Schnaps.

Der Krieg in Deutsch-Südwestafrika. Nach einer Meldung des Generalleutnants v. Trotha ist die zweite Kompanie des Feldregiments 1 nach Otjimbingwe zur Aufstellung vorgegangen, wofür am 13. Februar die Telegraphenstation von einer Hottentottenbande angegriffen worden war. Nach ihrer Rückkehr soll am 21. Februar das Detachement Hauptmann von Z e i l, bestehend aus der zweiten Kompanie des Feldregiments 1, der zehnten Kompanie des Feldregiments 2 und der Palfbatterie Stuhlmann von Gibeon den Fudup aufwärts marschieren, um die Nordbahnstationen, die östlich an der Malakalbe festgesetzt sind, anzugreifen.

Das Marineexpeditionskorps kehrt schon im Monat März aus Südwestafrika in die Heimat zurück und zwar in zwei Staffeln.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages verhandelte drei Stunden und mehr über die Prüfung der Wahl des Abgeordneten v. W a s s e r (konk.) und kam schließlich zu dem Beschlusse, für die Wahl dem Kandidaten v. W a s s e r den Vorzug zu geben, für die Wahlprüfungskommission zu erziehen. Herr v. W a s s e r ist im 2. Königsberger Wahlkreis (Rabian-Bezirk) bei 71,7 Prozent Wahlbeteiligung mit 7127 Stimmen gegen den Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei Nothert (2021 Stimmen) und den Sozialdemokraten Lade (9066 Stimmen) bei einer Zerplitterung von 13 Stimmen gewählt worden, also mit nur 27 Stimmen Mehrheit.

Zur Unterzückung der Kleinwäcker, die durch den elementaren Wasser-mangel des Sommers 1904 schwer geschädigt sind, haben zum Zweck der Erhaltung im Haus- und Nahrungsbedarf Mitglieder aller Parteien mit Ausnahme der Konstitutionellen im Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, durch Nachtragsetat oder Anleihegesetz u. s. w. Mittel bereit zu stellen zur Gewährung von unverschuldeten oder gering verzinslichen Darlehen. — Das wird viel helfen! Die Preußen schiefen bekanntlich nicht so schnell.

Für die bevorstehende Reichstagswahl in Thorn. Ralm-Briefen haben die Sozialdemokraten den Genossen Redakteur K o r a w s k i j u n. als Kandidaten aufgestellt. Die Polen halten an dem bisherigen Abgeordneten Redakteur B r e j z i k i f e s t. Die „deutschen Parteien“ wollen einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen. Bei der Hauptwahl 1903 erhielt der Pole 13,662, der Nationalliberal 13,446, der Sozialdemokrat 998, der Zentrumskandidat 89 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Pole Brejzki mit 14,724 über den Nationalliberalen, der 14,605 Stimmen erhielt. Die Wahl Brejzki ist bekanntlich für ungültig erklärt worden.

Menschenrecht mit dem Eckengewehr. Wegen Mißhandlung eines Untergebenen in Verbindung mit rechtswidrigem Waffengebrauch, hatte sich der Unteroffizier Gottschalk der 10. Kompagnie Gardebataillon-Regiments vor dem Kriegsgericht der 1. Gardebataillon zu verantworten. Am Sonntag, den 5. Februar, hatte Gottschalk die Mannschaften seiner Kompagnie zum Essenempfang antreten lassen. Da ihm die Leute nicht schnell genug auf sein Kommando liefen, jagte er alle Mann mehrmals in die Stuben zurück und wiederholte das Mandat des Antretens ebenso oft. Einer der Leute blieb jedoch auf dem Korridor vor der Stubentür stehen, um bei dem neu zu erwerbenden Befehl des Antretens möglichst schnell an Ort und Stelle zu sein. Gottschalk sah dies und geriet hierüber in eine derartige Wut, daß er sich mit den Worten: „Gott, ich fresse dich tot!“ auf den vor der Tür stehenden Mann, den Häufiger Komrad Beck, stürzte, diesen am Hals packend und an die Wand drückend, das Seitengewehr zog, und durch einen Stich in die Brust verletzte. Der Angeklagte bestritt jede böse Absicht, er hätte in Erregung gehandelt, und verurteilte den Vorfall so harmlos wie möglich darzustellen. Das Seitengewehr hätte er nicht besonders dazu gezogen, um den Mann zu stechen, sondern schon eine Zeitlang vorher. Dies wurde von dem geschworenen Beck vor Gericht bestritten. Das Gericht nahm die ganze Sache noch harmloser auf als Gottschalk sie darzustellen versucht hatte. Der militärische Verteidiger meinte, es handle sich nur um einen Scherz seitens des Angeklagten, im schlimmsten Falle aber nur um ein äbel angebrachtes Erziehungsmittel; gerade so wie man ein Pferd mit der Peitsche behandelt, um Erfolge zu erzielen, hätte auch der Angeklagte das Seitengewehr gezogen. Das Gericht verurteilte

diesen Menschenrechtler zu gauen acht Tagen Mittelarrest (M) mit der Begründung, daß es in der Schießerei keine Mißhandlung, sondern nur vorchriftsmäßige Behandlung Untergebener sind!

Woll ein Kanonier mit dem Fusse in die Pöste getreten hatte, wurde der Oberlieutenant und Regimentskommandeur v. K o g o w s k i vom Artillerie-Regiment Nr. 19 in Erfurt vom Brigadefeldkommandeur zu 18 Stunden Stubenarrest verurteilt. Der Herr Regimentskommandeur eines Morgens gegen 5 Uhr in den Stall und fand den Kanonier K o m b e r von der 1. Batterie, der den Dienst als Weckerposten ausüben sollte, schlafend vor. Er wachte den Mann, den er schon selber einmal geschlagen, durch einen Fausttritt. Außerdem schickte er ihn auf drei Tage in den Kasern. Als der Soldat die Strafe verbüßt hatte, beschwerte er sich über den Regimentskommandeur. Durch obige Strafe hält der Brigadefeldkommandeur den Fall für erledigt. Wenn ein Regimentskommandeur in der Behandlung der Soldaten den unteren Vorgesetzten mit so schlechtem Beispiel vorangeht und dann so überaus milde bestraft wird, dann wird man allerdings sehr lange auf das Verschwinden der Soldatenmißhandlungen warten müssen.

Ausland.

Einen Wahlsieg in Ungarn melbten dieser Tage unsere Parteiblätter. Es hieß dort, daß nach großen Kämpfen der erste Sozialdemokrat als Reichstagsabgeordneter in Ungarn im Szegwarer Bezirk gewählt worden sei; auch das „Wolfske Telegraphen-Bureau“ berichtete von diesem Stichwahlsiege und nannte auch den Namen des ersten sozialistischen Abgeordneten, nämlich Wilhelm Mezöfi. Wir bemerken dazu sofort, daß es sich bei diesem Abgeordneten um keinen organisierten Sozialdemokraten handelt, jetzt stellt sich heraus, daß das Ganze eine Fälschung war. Man höre, was die „Volkstimme“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Ungarns, über diesen Mezöfi sagt:

„Der Kandidat Wilhelm Mezöfi, dem kürzlich Franz Kossuth das Zeugnis aussteltte, daß er ein tüchtiger Patriot ist, widmet die letzte Nummer seines Blattes ganz der Glorifizierung seiner Person.“ Welcher Art der von Mezöfi vertretene Sozialismus ist, geht deutlich hervor aus einem Briefe, den ein evangelisch-reformierter Dechant an ihn richtete und den er (Mezöfi) in seinem Motto veröffentlichte, um damit Propaganda für seine Wahl zu machen. In diesem Briefe qualifiziert der Dechant Mezöfi für die bisherigen Erfolge und schreibt, daß er sich als treuer Sohn dieser Heimat, sowie als Gesellener seiner Kirche freue, daß „Sie, geliebter Genosse, unter die Landesboten (Abgeordneten) kommen und Zeugnis davon ablegen, daß die neuorganisierte sozialdemokratische Partei nicht identisch ist mit jenem Sozialismus, der nur eine gewissenlose Selbstsucht, eine bodenlose Eitelkeit und ein verführerisches Gewissen hat“. „Wenn es jemand geben würde, der aus Unwissenheit oder aus Verleumdungslust Sie, meinen geliebten Genossen, damit beschuldigen möchte, daß Sie die mächtige Bewegung, an deren Spitze Sie sich stellen, gegen die Religion oder das Vaterland richten, den senden Sie nur zu mir, ich werde ihn mit der Kraft der Beweise tadeln und darüber aufklären, daß wir alle, die treu zu unserem Vaterlande und zu unserer Religion stehen, Ihnen bisher schon viel, sehr viel zu danken haben.“

Die „Volkstimme“ bemerkt hierzu: „So wird aus dem Sozialdemokraten ein guter und religiöser Patriot, der berufen ist, eine „geschichtliche“ Rolle in Ungarn zu spielen. Solche patriotische und religiöse Volksehrer hat man überall aufstehen gesehen, diese waren aber stets nur Einlagstücker.“

Ein „erklafter“ Fiegel. Während der Donnerstag-Sitzung des Reichstages Abgeordnetenhaus spielte sich in der Säulenhalle folgender Vorfall ab: Herr Fenzel, der Wiener Redakteur der „Narodni Wist“, stand mit einigen Journalisten im Gespräch. Witschil trat Graf Sternberg auf ihn zu und verlegte ihm mit den Worten: „Herr Fenzel, ich danke Ihnen!“ einen Schlag in das Gesicht. Bevor der Attentäter und die anderen Journalisten über die namenlose Gemeinheit noch ein Wort äußern konnten, hatte sich der blaublütige Raufbold mit schnellen Schritten entfernt. Die Attacke sollte die Antwort auf die Kritik sein, die Herr Fenzel in seinem Blatte an einer Reihe des Herrn Grafen geübt hatte. Es hieß dort, daß sich das Publikum bei der Rede unterhalte wie im Zirkus, wenn sich ein Clown produziert, und daß ein solcher Mensch, der überdies nie etwas gearbeitet hat und nur von seiner Apanage lebt, die tschechischen Journalisten mit der Bemerkung, daß sie bestochen seien, nicht beleidigen könnte. Die Anlegenheit wurde nun von dem Abgeordneten K r a m a r s k i in Form einer Anfrage an den Präsidenten zur Sprache gebracht, der den geschlagenen Journalisten — an die Gerichte verwies.

Partei-Angelegenheiten.

Ein eigenes Heim hat am Montag unter Halleisches Parteiblatt bezogen. In einem für diesen Zweck errichteten praktischen Neubau ist die Genossenschaftsdruckerei, Redaktion und Expedition, sowie das Arbeitersekretariat untergebracht.

Arbeiterbewegung.

Die Delegation zu den Gewerkschaftskongressen. Der vierte Gewerkschaftskongress, der vom 16. bis 21. Juni 1902 in Stuttgart tagte, beschloß bezüglich der Vertretung auf den Gewerkschaftskongressen folgendes:

Zur Teilnahme an den allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongressen sind sämtliche Zentralorganisationen und solche Lokalorganisationen berechtigt, welche verbunden sind, sich zentral zu organisieren. Unter „sämtliche Zentralorganisationen“ sind alle zentral organisierten Gewerkschaften zu verstehen, welche an dem vorausgegangenen Gewerkschaftskongress teilgenommen oder sich später der Generalkommission angeschlossen haben. Berechtigte Lokalorganisationen sind solche gewerkschaftliche Vereinigungen, für welche ein Zentralverband nicht besteht.

Ausgeschlossen von der Teilnahme an den Gewerkschaftskongressen sind solche Gewerkschaften, welche ohne genügende Entschädigung mit drei Quartalsbeiträgen im Rückstande sind.

Die Gewerkschaften sind berechtigt, für je 3000 Mitglieder einen und für die überschüssende Mitgliederzahl, welche 3000 nicht erreicht, einen weiteren Delegierten zu wählen. Gewerkschaften, welche weniger als 3000 Mitglieder zählen, wählen einen Delegierten. Der Wahlmodus bleibt den einzelnen Gewerkschaften überlassen.

Die Zahlung der Quartalsbeiträge an die Generalkommission soll am Schlusse eines Quartals für das verlossene Quartal erfolgen. Bis zum Kongress ist demnach nur der Beitrag für das erste Quartal 1902 fällig. Es sind sonach alle an die Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften zur Teilnahme an dem Kongress berechtigt, welche ihre Quartalsbeiträge für die erste Hälfte des Jahres 1902 bezahlt haben.“

Der Zentralverband der Maurer Deutschlands beabsichtigt in diesem Jahre mit Beginn der kälteren Zeit eine allgemeine Agitation zu Gunsten der Organisation unter den nicht-organisierten Maurern in die Wege zu leiten. Zu diesem Zweck wird zunächst eine Hausagitation und Flugblattverbreitung für die Zeit vom 1. bis 15. März d. J. stattfinden. Daran soll sich dann auf den Baustellen eine persönliche Agitation durch die Baubelegierten schließen. Der Hauptvorstand hat zur Unterstützung der Agitation eine lechzehn Seiten starke Broschüre drucken lassen, die allen Ortsverwaltungen und Bauvorständen in erforderlicher Anzahl zur Verfügung gestellt werden wird.

Ende des Bergarbeiter-Ausstandes in Belgien. Auf fast allen Gruben im Borinage wurde plötzlich in einem beträchtlichen Umfange die Arbeit wieder aufgenommen. In vielen Gruben sind die Belegschaften beinahe vollständig eingekerkert. Es wird geglaubt, der Ausstand im Borinage ist bald als beendet anzusehen. Man erwartet, daß auch in den Kohlenbeden Charleroi und La Louviere das hiermit gegebene Beispiel Nachahmung finden werde, sobald die Nachricht dorthin gedrungen sein wird. In zwei Orten des Borinage erfolgten Nachts Explosionen, wodurch einiger

Sachschaden angerichtet wurde. In Charlottal betrug die Zahl der Ausständigen am Dienstag etwa 1050 Mann, was eine Abnahme gegen den vorhergehenden Tag um etwa 1000 bedeutet.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 22. Februar.

*** 1,258,700 Pfund Zucker sind im Jahre 1904** allein vom Breslauer Konsumverein mehr umgekehrt worden, als im Jahre 1903. Worauf ist dieser Mehrverbrauch zurückzuführen? Einzig und allein auf die enorme Herabsetzung des Zuckerpreises, die infolge der Brüsseler Konvention und der Aufhebung der Lebensgaben für die Rübenzüchter eingetreten war. Trotz dieses riesigen Mehrumsatzes, der sich täglich im Durchschnitt auf 41 Zentner bezifferte, ist der Erlös für Zucker um 227,000 Mark gegenüber dem Vorjahre beim Konsumverein zurückgegangen. Der Preis für Zucker ist ja durch allenthalben Manipulationen der Kapitalisten in den letzten Monaten wieder künstlich in die Höhe getrieben, kann sich aber lange auf dieser Höhe sicher nicht halten. Die Zahlen, die im Jahresbericht des Konsumvereins über den Mehrverbrauch des Zuckers infolge der billigen Preise enthalten sind, reden eine überaus berechtigte Sprache gerade im Hinblick auf die gegenwärtig vom Reichstag sanktionierten Politik der Verteuerung sämtlicher Lebensmittel. Weil der Zucker billig ist, haben die Familien viel mehr von seinem Nährgehalt verbrauchen können. Man sollte meinen, daß man angesichts solcher Zahlen alle Lebensmittel verbilligen würde, um der breiten Masse des Volkes zu ermöglichen, möglichst viel Lebensmittel zu verbrauchen und so zur Stärkung und Gesunderhaltung des Volkes beizutragen. Aber im Gegenteil erzählt man die Brotzölle, die Fleischozölle usw., verdoppelt und verdreifacht sie, und die Folge ist, daß das arbeitende Volk noch weniger Fleisch, noch weniger Brot, noch weniger Gemüse usw. usw. verzehren kann als bisher. Kartoffeln wird schließlich das einzige Gericht sein, das dem Volke bleibt und sie auch nur zu horrenden Preisen. Derwahlen schaffen die breiten Massen durch ihr Darben den Agrariern die Möglichkeit, den Konsum zu heben von — Auzern und Sekt nämlich!

*** Ueber Nervenschwäche und deren Heilung** will bekanntlich ein Direktor C. R. Scholz aus Zürich heute Abend einen Vortrag halten. Wie uns von einem auswärtigen Parteigenossen, der in seiner Stadt einen Vortrag desselben Herrn besuchte, mitgeteilt wird, handelt es sich bei dem Vortrag um Blendwerk, sodaß jeder zu behaupten ist, der sein Geld dafür ausbeutet. Der betreffende Genosse ist der Ueberzeugung, daß die ganze Vorlesung nur den Zweck habe, den Verkauf von Broschüren zu propagieren, die der Herr selbst geschrieben hat. Da wir sowohl das Inserat des Herrn Scholz, als auch einen Hinweis veröffentlicht haben, halten wir es auch für unsere Pflicht, diese warnende Stimme hier wiederzugeben. Die Arbeiter haben ja andere Gelegenheiten, ihr sauer verdientes Geld auszugeben, als für einen unnützen und mangelhaften Vortrag über Suggestion usw.

*** Achtung, Arbeiter vor dem Nikolaitor!** Der „Geselligkeitsverein Archimedes“ aus der Fabrik „Archimedes“ veranstaltet am Sonnabend im Lokal von Hansel in Pöpelwitz eine Festlichkeit, zu der auch organisierte Arbeiter eingeladen werden. Wir machen auf Wunsch darauf aufmerksam, daß das Lokal von Hansel den Arbeitern zu Versammlungen u. dergl. nicht zur Verfügung steht! Organisierte Arbeiter wissen also, was sie zu tun haben!

*** Die Wärschneider** hielten am Montag im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Versammlung ab, behufs Stellungnahme zur Frage einer Lohnbewegung. Kollege Fritke hielt das einleitende Referat und zieht an der Hand der bestehenden Verhältnisse die Notwendigkeit, Schritte zur Verbesserung der Löhne zu unternehmen. Notwendig vor allem aber ist ein besserer Ausbau der Organisation, da sonst nicht an eine erfolgreiche Durchführung einer Lohnbewegung zu denken ist. In nächster Zeit werden mehrere Wärschneiderversammlungen stattfinden, um das Interesse der Kollegenschaft für diese Frage zu wecken. Es muß für einen Massenbesuch derselben agitiert werden. Die Unternehmer würden wahrscheinlich von selbst Zugeständnisse machen, und es auf einen Streik gar nicht ankommen lassen, sobald die esforderte Einigkeit unter den Schneidnerarbeitern vorhanden ist. Die Diskussion war eine sehr rege. Von allen Rednern wurde anerkannt, daß in der Wärschneider Schritte zur Verbesserung der Verhältnisse notwendig sind. Insbesondere wurde auch lebhaft Klage über die hygienischen Zustände einiger Werkstätten laut. Eine weitere Versammlung findet in Kürze statt und ist zu hoffen, daß vor allem der Besuch ein besserer wird, nachdem nun die Säulen vor der Tür steht und nicht mehr zu erwarten ist, daß einzelne Kollegen am Lohnstage gar nichts zu verrechnen haben.

*** Eine Schifferversammlung** sagte gestern Abend im Gewerkschaftshaus. Der Vorsitzende W. M. M. kritisierte die private Stellungsvermittlung im Peruse und gab gleichzeitig einen Überblick über die wirtschaftliche Lage der Binnenschiffer. Eine Anzahl Stellungsvermittler ließen sich durch den Vortrag in unangenehmer Weise unterbreiten. Das mußte nun zu eher abgestellt werden, als für die Binnenschiffer daraus große Nachteile erwachsen. Hier schritten die Behörden nicht ein, während man auf der anderen Seite den Vertretern der Organisation es unmöglich machte, z. B. die Interessen der Berufskollegen vor dem Gewerbegericht zu vertreten. Redner führt nun einige Zahlen dafür an, die beweisen, daß die Unfälle im Schifferberufe mit am größten sind, und in den letzten Jahren zugenommen haben. Was die Entschädigung der Unfälle angeht, so mußte die Unwissenheit und Nachlässigkeit bedauert werden, daß viele Unfälle nicht entschädigt würden, weil sie nicht angemeldet worden sind. Es sei Pflicht, hier aufstehend zu wirken. Die Löhne der Bootleute müßten unbedingt aufgebessert werden. Auf der Oberfahrt noch Bootleute für 60 Mk. Monatslohn. Berücksichtigt man, daß der Bootmann nun neun Monate im Jahre durchschnittlich arbeitet, so betrage sein Jahresverdienst 450 Mk. Es sei unmöglich, hiermit auszukommen, zumal die Wohnungsmieten, Brot-, Fleischpreise u. erheblich gestiegen seien.

Eine Debatte fand nicht statt. Zum Schluß wurden noch einige Verhandlungsangelegenheiten erörtert. In Zukunft sollen die Versammlungen bei Korbzelle, Ecke Leuthen- und Hildebrandstraße, stattfinden, weil es den meisten Schiffern unmöglich ist, den weiten Weg nach dem Gewerkschaftshaus anzutreten.

Kommert teilt noch die erfreuliche Tatsache mit, daß in den Monaten Januar und Februar fast 200 neue Kollegen dem Verband beigetreten sind.

*** Die Krankenkasse der Breslauer Maurergezellen** hielt gestern Abend im Gewerkschaftshaus ihre Generalversammlung ab. Der Kasienbericht für 1904 ergibt eine Einnahme von 38,223.46 Mark, eine Ausgabe von 36,399.20 Mk., sodaß ein Bestand von 1824.26 Mk. verbleibt. Die Zahl der Erkrankungsfälle 1904 betrug im ganzen 437, infolge von Betriebsunfällen insbesondere 68. Die

Zahl der Krankheitsfälle betrug im ganzen 11,140, infolge von Betriebsunfällen insbesondere 2047. Die Zahl der Mitglieder am Schlusse des Jahres 1904 betrug 1190. Ohne wesentliche Debatte wird dem Vorstande Entlastung erteilt. Die Statutenberatung nahm nur kurze Zeit in Anspruch. Die Versammlung war mit dem vom Vorstande vorgeschlagenen redaktionellen Änderungen einverstanden. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgenden Resultat: Paul Sacher als 1. Vorsitzender, Emil Hofe als 2. Vorsitzender, August Glanitz als Neubaut. Es folgten dann noch die Wahlen der übrigen Vorstandsmitglieder und zum Ausschusse.

*** Arbeiter-Präsidentenabend.** Donnerstag Abend findet eine Mitglieder-Versammlung im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses statt, in welcher über das Thema „Autoritäten“ verhandelt werden soll. Genossen sind als Gäste willkommen.

*** Eine interessante Spitzbuben-Geschichte,** die schon seit dem Jahre 1902 zurückliegt, fand nunmehr vor der hiesigen Strafkammer ihren Abschluß. In der Nacht vom 4. zum 5. Juli genannten Jahres wurde etwa um 2 Uhr in ein Zigarrengeschäft auf der Rosenhallerstraße eingebrochen. Wegen dieses Einbruchs wurde der Arbeiter Alois Grochmann im August gleichen Jahres zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Es hatte sich nunmehr herausgestellt, daß Grochmann einen Helfer hatte und zwar in der Person des „Arbeiters“ Hermann Sternigki, der nunmehr auf der Anklagebank plagenommen mußte. Die Verhandlung glich einem Kapitel aus einem Nolaroman. Die Zeugen gehörten zum größten Teil dem sogenannten Lumpenproletariat an und hatten zum Teil lange Zuchthausstrafen hinter sich. Mit der einen Frau hatte Sternigki zur Zeit des Einbruchs im Konfakiat gelebt. Diese hatte dann eine längere Strafe zu verbüßen, weshalb nun Sternigki eine andere heiratete, deren „Praktikum“ eben auch zwei Jahre Zuchthaus verbüßte. Jetzt schloß sich die frühere Konkubine als auch der frühere Verehrer der nunmehrigen Frau Sternigki diesem Raube und so wurde von dieser Seite der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß Sternigki seinerzeit an dem Einbruch teilgenommen hatte. Der früher bereits verurteilte Grochmann, der seine Strafe im Zuchthaus an Striegau verbüßt, leugnete die Mittäterschaft Sternigki's, doch ergab die sonstige Zeugenvernehmung seine Teilnahme. Der Staatsanwalt beantragte drei Jahre, das Gericht erkannte auf zwei Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen.

Eine große Flugblattverbreitung

findet am kommenden Sonntag, Vormittag 7 1/2 Uhr statt. Alle Bezirksführer und Genossen wollen dazu die nötigen Vorbereitungen treffen. Nähere Bekanntmachungen erfolgen im Laufe der Woche.

Die **Distriktsführer** werden ersucht, recht bald anzugeben, welche **Anzahl** von Flugblättern sie benötigen und in welches Lokal dieselben befördert werden sollen. Am Freitag Abend liegen dieselben dann in den Lokalen der Distriktsführer bereit.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

*** Achtung, Metallarbeiter!** In der Waggonfabrik zu Hannover befinden sich die Arbeiter im Streik. Im „Generalanzeiger“ werden jetzt Streikbrecher gesucht, auch sollen schon einige Breslauer Arbeitswillige angeworben sein. Wir machen auf den Streik nochmals aufmerksam und erwarten, daß jeder Breslauer Arbeiter dafür sorgen helfen wird, daß Streikbrecher von hier nicht mehr nach dem Streikorte gehen.

Die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes.

*** Professor Werner Sombart** wird am kommenden Sonntag in einer Buchdrucker-Versammlung im Gewerkschaftshaus über „Amerikanische Arbeiter-Verhältnisse“ auf Grund eigener Studien sprechen. Da ein ähnlicher Vortrag desselben Gelehrten vor einiger Zeit lebhaft Aufmerksamkeit erregte und die Buchdrucker zu ihrer Versammlung alle organisierten Arbeiter einladen, machen wir hierdurch auf die Veranstaltung besonders aufmerksam.

Diegnitz, 22. Februar. Standaßes von der Gesindeordnung. Vor dem Bezirks-Ausschuß klagte der Eigentümer August Schmidt in Schlama wider den Amtsvorsteher in Modlan wegen Aufhebung einer gesindepolizeilichen Verfügung. Das Dienstmädchen Emma Schmidt, die Tochter des Klägers, diente bei dem Gutbesitzer Starke in Schlama und war von diesem aus dem Dienst entlassen, aus dem Grunde, weil sie von der Dienstherrin mit einer Düngergabel ins Bein gestoßen und auch sonst schlecht behandelt worden war. Darauf hatte der Amtsvorsteher gegen das Mädchen, das sich in die väterliche Bewahrung begeben hatte, eine Verfügung erlassen, in den Dienst zurückzuführen (!), andernfalls sie ihre Bekrafung zu gewärtigen habe. Gleichzeitig war auch gegen den Vater die Verfügung ergangen, seine Tochter nicht bei sich aufzunehmen, sondern sie in den Dienst zurückzuführen, andernfalls auch er Strafe zu gewärtigen habe. (!) Beide Verfügungen giß nun der Vater Schmidt mit dem Rechtsmittel der Klage im Verwaltungs-Rechtsverfahren an. Der Kreis-Ausschuß in Logan wies aber die Klage als verpätet und unzulässig ab, wogegen der Kläger Berufung einlegte und geltend machte, daß das Verfahren des Amtsvorstehers unzulässig und ungültig sei. Der Bezirks-Ausschuß gab jetzt der Berufung nur zum Teil statt, nämlich insofern, als der Amtsvorsteher den Vater Schmidt angewiesen hatte, seine Tochter nicht bei sich aufzunehmen. Zu einer solchen Verfügung sei der Amtsvorsteher nicht befugt gewesen und insofern sei das erste Urteil aufzuheben und abzuändern. Dagegen wurde die Verfügung gegen die Tochter des Klägers als zu Recht bestehend erachtet und insofern die Berufung des Klägers verworfen!

Das Mädchen muß also nach wie vor bei einem Witbe Dienst tun, das sie schlimmer behandelt wie ein Stück Vieh! Selten ist die schmachvolle Gesindeordnung, dieses Stück rückständiger preussischer Barbarei, so drastisch illustriert worden wie hier. Aber dieser Standaß wird nicht eher aus der Welt geschafft werden, bis die Sozialdemokratie den preussischen Landtag von dem mittelalterlichen Gerinypel der Junkerwirtschaft gekäubert hat.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Ein eigenartiger Zwischenfall trug sich im Ferkensbänk auf der Gubogrubbe bei Rattowitz zu. Während der dienfttunende Steiger die zur Einfahrt dort veranstellten Arbeiter verließ, trat aus der Menge ein Polzhänger mit einem 9 1/2 Jahre alten, vollständig geklumpelten Knaben an ihn heran, stellte den Knaben auf den Tisch und entsetzte sich mit den Worten: „So, nun ernährt und deckt er ihn!“

Da der Mann nicht wiederkehrte, mußte das Kind dem Postler übergeben werden, der es den Eltern anführte. — Der vor einigen Tagen auf dem Schäferberge bei Ober-Gersdorf bei ansehnlicher Ferkensbänkiger August Kullms ist anscheinend nicht der Kille, wie vermutet wurde, sondern einem Verbrecher zum Opfer gefallen. Die gerichtliche Untersuchung zur Aufklärung der Angelegenheit ist bereits eingeleitet. — Im Weigelshorfer Postrevier wurde der Postkellner Paulin schwer verletzt aufgefunden. Während er sich nach seiner Wundbädte, die ihm der Wind genommen hatte, entladen sich beide Hände seines Gewehres und er wurde hierdurch so erheblich an dem einen Arme verletzt, daß ihm im katholischen Krankenhaus zu Langenbilsen, wohin er geschafft wurde, ein Teil des Armes amputiert werden mußte. — In Langenbilsen wurde ein Menschenleben durch eine Petroleum-Explosion vernichtet. Die zwölfjährige Tochter des Gutsbesizers Gottfried wollte durch Ausblasen die Lampe löschen. Hierbei explodierte das Petroleum und erschlug sie tödlich über dem Kopf. Die Brandwunden, welche hierbei das Mädchen erlitt, waren so erheblich, daß es nach qualvollen Stunden starb. — Nach einer Meldung des „Ober-schlesischen Wanderers“ sind auf der Gräfler-Ballesbrunnischen Castellengo-Grube der Fabrike große Unterschiede beim Kohlenverkauf entdeckt worden, die bis zum Jahre 1903 zurückgehen und allein in den letzten drei Monaten zwanzigtausend Mark betragen haben sollen. Gegen einen Breslauer Kohlenhändler und mehrere Beamten wurde Klage angehängt. Eine Besize in Menschengestalt wurde in der Person des Schmiedes Kwinckel in Kaleske bei Schildberg i. P. verhaftet. Der Mann hatte vor einigen Wochen seine Frau in geradezu barbarischer Weise mißhandelt, so daß sie an den Folgen in der vergangenen Woche verstarb. Bei der gerichtlichen Sektion stellte es sich heraus, daß ihr die Ober- und Unterlippe von den Schlägen förmlich gespalten war, der Schädel war fast zur Hälfte infolge der erlittenen Verletzungen bloßgelegt. — Der in der Klossischen Hiegelei in Oßrecht bei Rattow besessene Kaiserliche Wächter sagte am Sonnabend Hiegelei für einen Bestizer in Rattow. In der ragen Vorhänge schritt M. neben dem Wagen; er wurde plötzlich von dem Wagen an einer besonders engen Stelle der Straße derart gegen den Kopf eines Gehörtes gequetscht, daß er binnen wenigen Minuten sein Geiße aufgab. M. war verheiratet und Vater mehrerer kleiner Kinder. — Zum Bahnbau Weisse-Witdenau hatte für die Stadterweiterung in Weisse der Magistrat eine Vorlage des Inhalts eingebracht 192,000 Mk. zu fordern und außerdem eine Zinggarantie von 200,000 Mk. zu übernehmen. Die Vorlage wurde angenommen. Der „Schl. B.“ anfangs ist damit der Bahnbau gestiftet, da nun Staat, Provinz und Kreis nicht mehr ihre Zuschüsse beizutragen können.

Neueste Nachrichten.

Die russische Bewegung.

In Warschau wurde der Leberhändler Zwiebel in seine Kaufe von einem jüdischen Arbeiter ermordet. Auf den Direkt der Spigenfabrik Roerner wurde, als er von einer Besprechung mit den Arbeitern zurückkehrte, ein Mordversuch gemacht, der jedoch mißlang.

Infolge der Einstellung des Petroleumtransports durch die Schwedebahnen leiden fast alle Stationen Polens unter Petroleummangel. Die Vorräte sind fast erschöpft und die Preise bedeutend gestiegen.

In Warschau sind dem „Tag“ infolge alle Gymnasien und Realschulen bis auf weiteres geschlossen worden mit Ausnahme einiger wenigen Anstalten, die vorwiegend von Kindern orthodoxer Nationen besucht werden.

Die Zahl der Ausständigen in Liban ist bis zur Hälfte der gesamten Arbeiterzahl angewachsen und beträgt zur Zeit 5500. Hierher sind keine Rückstellungen vorgelommen.

Die Angestellten der Moskauer Riew-Woronesk Eisenbahn sind in den Ausstand getreten. Es gehen das auf dieser Bahn von Moskau keine Züge ab. Auch die Annahme und Auslieferung von Gütern und Gepäc ist eingestellt.

Die Unruhen in Balu dauern fort. Die gegenseitige Erbitterung steigert sich bis zum äußersten. Die Leute auf den Straßen fallen übereinander her. Viele werden getötet oder verwundet. In einzelnen Stadtteilen wird geplündert. In einem Stadtviertel streich Häuser in Flammen. Die Lage der friedfertigen Einwohner ist schrecklich. Es herrscht allgemeine Panik. Auch in Balakana sind Unruhen ausgebrochen. Die in Balu stehenden Truppen sind offensichtlich unzureichend, um die Ordnung wiederherzustellen.

Meteorologische Beobachtungen

der königlichen Universitäts-Sternwarte.

Nach Breslauer Ortszeit.
(Mittel-europäische Zeit plus 8 Minuten.)

21. u. 22. Febr.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 1/2 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 0,6	- 0,2	+ 0,8
Luftdruck bei 0° (mm)	754,4	757,6	759,8
Dunstdruck (mm)	4,2	4,2	3,8
Dunstfättigung (pCt.)	89	92	78
Wind (0-12)	0 2	0 3	0 3
Wetter	bedeckt.	bedeckt.	bewölkt.

Für die streikenden Bergleute

plügen ein beim Gewerkschafts-Partei Breslau:
Gesammelt auf Liste 557 8.50 Mk.; gef. durch G. A. G. A. Liste 593 2.45 Mk.; gef. durch D. Raabe auf Liste 546 1.70 Mk.; gef. im Bezirk 15 der Holzarbeiter, darunter 7.55 Mk., Striet u. Ludwig; gef. auf Liste 218 der Holzarbeiter 9.35 Mk.; gef. auf Liste 212 der Holzarbeiter 6.60 Mk.; gef. auf Liste 226 der Holzarbeiter 8.20 Mk.; gef. auf Liste 227 im Bezirk 16 der Holzarbeiter 12.05 Mk.; gef. auf Liste 451 durch Tischler Rudolph 3.40 Mk.; gef. auf Liste 612, Schufabrik Gräbichen 8.80 Mk.; gef. auf Liste 418 8.60 Mk.; gef. auf Liste 560 durch Galt 3.80 Mk.; gef. auf Liste 618, Hieberei Weinecke 8.40 Mk.; gef. auf Liste 6 Hafnarbeiter 1.50 Mk.; gef. auf Liste 91, organisierte Schiffer v. Günthersberg 6.35 Mk.; gef. auf Liste 62, Gemeinde-Arbeiter 10.10 Mk. Vereits quittiert den 21. Februar 5105.16 Mk. Summa 5204.96 Mk.

In der vorigen Mitteilung soll die Schlusssumme nicht laute 5105.16 Mk., sondern 6002.16 Mk.

beim Gewerkschafts-Partei in Posen:
L. 4 Kominowski 1.30 Mk. (2. Rate), L. 9 Bergfeldt 14.55 Mk. L. 13 Fingler 3.70 Mk. L. 19 Janowski 6.00 Mk. L. 28 Wenzel 7.05 Mk. L. 32 Ganz 18.15 Mk. L. 34 Worowski 4.15 Mk. L. 36 Ganz 13.90 Mk. L. 39 Raad 4.30 Mk. L. 43 Sievert 4.70 Mk. L. 44 Ganz 13.90 Mk. L. 45 Weber 3.50 Mk. L. 48 Popta 6.00 Mk. L. 52 Goll 5.10 Mk. L. 53 Schiller 4.75 Mk. L. 53 Goll 1.25 Mk. L. 61 Ganz 3.30 Mk. L. 37 Lehmann 8.30 Mk. L. 1 Janowski 1.60 Mk. L. 20 Rudzial 2.15 Mk. L. 47 Wenzel 0.25 Mk. Summa 116.20 Mk.

Ständesamtliche Nachrichten.

Geschickte. I. Arbeiter Franz Sura, fast Berliner-Chaussee 137, mit Bertha Gröbner, evang., ebendasselbe. — Bader Robert Schneider, evang., Stadgasse 11, mit August Hillmann, evang., Oberstraße 14. — Schumann Franz Teubert, kath., Meisstraße 45, mit Martha Schneider, ref., Südbühnenstraße

Mr. 14. — Schlaffer Heinrich Trübe, kath., Mühlstraße 24, mit Ida Wäplich, evang., Stockgasse Nr. 17. — Gabelmann Willy Thiel, evang., Nummer 18, mit Agnes Blumberg, ebendasselbst. — Maurer Gustav Seidel, kath., Schwertstraße 18, mit Anna Lehmann, geb. Grabscheid, evang., ebendasselbst. — Schneider Johann Barick, kath., Weidenstraße Nr. 7, mit Johanna Lehmann, kath., Danzigerstraße 24. — Postkammer Wilhelm Kiepel, evang., Hegewitz, mit Selma Michaelis, evang., Friedrich-Wilhelmstraße 97. — Geburten. I. Schmieb Ernst Kuschin, evang., S. — Hausbälter Hermann Junggebauer, evang., T. — Stellmacher Paul Kestel, kath., T. — Gelbächer Adolf Ditz, evang., T. — Arbeiter Arnold Schöned, evang., T. — Schuhmachermeister Max Schäfer, kath., S. — Kontorist Alfons Pütz, evang., S. — Metallarbeiter Paul Gierach, evang., S. — Postbote Julius Unvericht, evang., T. — Heiler Ludwig Kihina, evang., S. — Schuhmacher Johann Grüner, kath., T. — Maschinenarbeiter Karl Kolbassa, kath., T. — Arbeiter Gustav Demas, evang., S. — Volksschullehrer Karl Pfeifer, evang., S. — Kutcher Heinrich Ranz, kath., S. — Schilder-Maler Albert Trautmann, evang., S. — Köpfer Oskar Reich, kath., S. — Schneider August Reboch, kath., S. — Kutcher August Hoffmann, evang., S. — Kaufmann Julius Avellis, jüd., T. — Maschinist August Schödel, evang., S. — Arbeiter Heinrich Druksch, evang., S. — Kutcher Julius Fischer, evang., T. — Arbeiter Robert Galsch, kath., S. — Buchdrucker Max Kofemann, evang., S. — II. Feuerhermann Karl Oden, kath., S. — Volksschullehrer und Chorleiter Paul Marx, kath., T. — Postkammer Karl Wiesner, evang., S. — Kaufmann Karl Kauer, evang., S. — Fabrikarbeiter Robert Funke, evang., S. — Schriftföher Maximilian Weichhuhn, kath., T. — Chefredakteur Ferdinand Großhans, kath., S. — Dacharbeiter Robert Vogel, evang., S. — Schuhmachermeister Paul Seidel, kath., S. — Wagenmeister Josef Jank, kath., S. — Bildhauer Richard Schindl, evang., S. — Apotheker Theodor Friebsch, jüd., S. — Monteur Reinhold Palsch, evang., S. — Dacharbeiter August Weiler, evang., T. — Hausbälter Wilhelm Jantle, evang., kath., S. — Dacharbeiter Hermann Kachel, evang., T. — Kaufmann Job. Kresse, evang., S. — Sattler Ernst Engel, evang., T. — Restaurateur Karl Kretschmer, evang., S. — Glasermeister Ferdinand Wankel, kath., S. — Dacharbeiter Heinrich Altmann, evang., S. — Kaufmann Robert Schneider, kath., T. — Korbmachermmeister Adolf Gerner, kath., S. — Postbote August Hiescher, evang., S. — Hausbälter Robert Mabilis, evang., T. — Redaktionsführer Max Wenzel, evang., S. — Kutcher August Schmidt, kath., T. — Stuben-Maler

Paul Volger, kath., T. — Wäplich Albert Härtel, kath., S. — Tischler Max Ritsche, evang., T. — Kutcher Adolf Schmidt, evang., T. — Schlosser Emil Köber, evang., S. — Klempner Richard Wollant, evang., T. — Eisenbahnschaffner Paul Welzel, kath., S. — Todesfälle. III. Köpfer Karl Allen, 88 Jahr. — Gertrud, T. des Schlossers Hermann Engel, 6 Wochen. — Ernst, S. des Hingarenmachers Johann Haber, 12 Tage. — Schüler Reinhold Korte, 16 J. — Martha, T. des verstorbenen Tischlers Max Buchmann, 2 J. — Richard, S. des Tischlers Gustav Werner, 1 Jahr. — Martha, T. des Schuhmachermeisters August Noche, 2 Mon. — Marie, T. des Fleischermeisters Paul Schönblich, 1 J. — Militär-Invalide Friedrich Feinge, 66 Jahr. — Sergeant Hermann Stephan, 32 J. — Verm. Rentier Susanna Koppel, geb. Ullman, 65 J.

Versammlungen und Vereine.
Breslau.
Gewerkschaftshaus.
Mittwoch, den 22. Februar:
Arbeiter-Rabfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.
Donnerstag, den 23. Februar:
Arbeiter-Kontinentenbund. Mitgliederversammlung im Zimmer 5.
Sonntag, den 25. Februar:
Zimmerer-Verband. Jeden Sonntag Rabfabend.
Arbeiter-Verband. Großes Karrenfest.
Sonntag, den 26. Februar:
Buchdrucker-Versammlung. Vormittag 10 Uhr im Saale.
Mittwoch, den 1. März:
Lagerarbeiter-Verband. Abends 8 Uhr: Nikolai-Abend. Zimmer Nr. 2. Frauen sind eingeladen.
Sonntag, den 4. März:
Arbeiter-Rabfahrer-Verein „Breslau“. Abends 8 Uhr: Großer maskierter und unmaskierter Ball.
Sonntag, den 5. März:
Rezitationsabend im großen Saale. „Das Tal des Lebens“. Rezitator: Emil Walfotte-Berlin. Beginn: 5 Uhr. Eintritt 10 Pfg.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:
Distrikt II (Nikolai-Vorstadt und Altpfand).
Bezirk 18. Donnerstag, den 23. Februar: Besprechung und Umtausch der Bibliothekskarte in Lokale G. Der Bezirksführer.
Distrikt III u. XI (Obervorstadt).
Magiana Bezirksführer! Donnerstag, den 23. Februar, Abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokale. Es ist Pflicht, daß jeder erscheint. Die Distriktsführer.
Distrikt VI (Zell: Ohlauer Tor).
Bezirk 72. Donnerstag Abend: Zusammenkunft im bekannten Lokale. Der Bezirksführer.
Distrikt VIII (umfassend die Bezirke 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86 [Steinburg] und 121).
Freitag, den 24. Februar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft des ganzen Distrikts bei Heller, Dohrauerstraße 95. Der Distriktsführer.
Bezirk 80. Mittwoch, den 22. Februar: Zusammenkunft und Erscheinung aller Mitglieder ist notwendig. Der Bezirksführer.
Distrikt X (Altpfand).
Bezirk 24. Sonntag, den 26. Februar, früh 7 1/2 Uhr: Bei Flugblattverteilung laßt die Genossen im bekannten Lokale ein.
Der Bezirksführer.
Schweidnitz. Freie Turnerschaft. Turnabende jeden Dienstag und Freitag, Abends 8 Uhr. Freunde der Turnische sind stets willkommen. Der Vorstand.
Striegan. Gesangsverein Vorwärts. Jeden Freitag: Übungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder.
Kattowitz. Volks-Versammlung. Sonntag, den 26. Februar, Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Gewerkschaftslokale, Kohlhausstraße 12. Tagesordnung: Zentrum und Sozialdemokratie. Referent: Redakteur Franz Rühls-Breslau. Freie Diskussion. Eintritt frei.
Kattowitz. Arbeiter-Gesangs-Verein. Jeden Freitag, Abends 8 Uhr: Gesangsstunde im Gewerkschaftslokale. Aufnahme neuer Mitglieder.
Bromberg. Versammlungstokal „Koppe“. Thonertstr. Deutscher Frauen-Versammlung. Freitag, den 24. Februar, Abends 8 Uhr: Referentin Fräulein D. Waaber-Berlin.

Am 19. dieses Monats verschied plötzlich mein lieber Mann, unser Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Schwiegervater, der **Hutmacher** 332
Gustav Gimmler
im Alter von 50 Jahren.
Dies zeigen betrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Sonnabend, den 25. Februar, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes St. Barbara in Cosel bei Breslau

Am 19. d. Mts. starb plötzlich der Vorsitzende der Ortskrankenkasse, der **Hutmacher**
Herr Gustav Gimmler
Derselbe war mir stets ein humaner und gerechter Vorsitzender, dessen Andenken ich über das Grab hinaus in Ehren halten werde.
C. Reineccius
Rendant.

Am 19. d. Mts. verschied unser Mitglied, der **Hutmacher**
Gustav Gimmler
im Alter von 50 Jahren.
Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren
Sozialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.
Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Cosel.

Montag, den 20. d. Mts. verschied nach langem Krankenlager unser treuer Verbandskollege, der Feilenschleifer
Friedrich Hänel.
Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren die Mitglieder des
Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.
Beerdigung findet Donnerstag nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Salvator-Friedhofes aus statt.

Wir empfehlen nachstehende, äußerst wichtige Führer durch die verschiedenen Gesetze:

- Führer durch das Invalidenversicherungs-Gesetz. DR. — 25
- „ durch das Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetz. DR. — 25
- „ durch das Bau-Unfallversicherungs-Gesetz. DR. — 25
- „ durch das Unfall-Versicherungs-Gesetz für Land- und Forstwirtschaft. DR. — 25
- „ durch das Vereins- und Versammlungs-Recht. Angleich ein Wegweiser bei Reichstagswahlen. DR. — 30
- „ durch die Strafprozessordnung. Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Polizei von Dr. G. Peinemann. DR. — 40
- „ für den Militärpflichtigen. DR. — 30

Erhältlich bei allen Kolporteurs und durch die Buchhandlung „Volkswacht.“

Stadt-Theater.
Mittwoch:
Die Meisterfänger v. Nürnberg.
Donnerstag:
„Die Africanerin.“
Lobe-Theater.
Mittwoch:
Gastspiel Agnes Forma
„Die Zwillingsschwester.“
Donnerstag:
Gastspiel Agnes Forma
„Monna Vanna.“

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Mittwoch:
Gruppe G, 6. Vorstellung:
„Die Weiße aus Lohwed.“
Donnerstag:
Gruppe H, 6. Vorstellung:
„Die Weiße aus Lohwed.“

Zeltgarten.
Dir. H. Krsinsik.
Neu! Neu!
Der **Weltfriede**
im Tierreich.
Zum **Neues Riesen-Variété.**
Programm.
Entrée 30 Pfg.
Tel. 50 Pfg.

Verkaufe sehr billig:
Bettstellen, Schränke, Vertikos, Garnit. Sofas, Spiegel, Tische, Stühle, Küchensel.
Przytek, Friedrichstr. 94, pt. Ecke Gräbschenerstr.

Palmengarten
Dir.: H. Krsinsik.
Täglich:
2 Kapellen
Konzert-Kapelle
Dir. Handke.
Oberbayerische Zugvögel.
Entree frei!

Konzerthaus „Flora“
Dir.: H. Krsinsik.
Scute:
Frei-Konzert
von den **Topfschlägern.**
Morgen Donnerstag:
Gr. Rockbierfest
mit Geschenkverteilung.
1 prachv. süß. Herrmüch.
1 elegante Cafesboje.

Masken-Leih-Institut
Jetzt Ring 4^{ter}, Gersdorfer
1 Lebr. Sing.-Majch. f. 20 Wr. 5.
Rosenfeld, Neumarkt 1. [179]

„Der wahre Jakob“.
Sozialdemokratisches Witzblatt.
Durch die Expedition und Kolporteurs zu beziehen.

Kindersegen und kein Ende?
Ein Wort an denkende Arbeiter
von Fritz Brudpacher
Arzt in Zürich
Preis 30 Pfg.
Buchhandlung der „Volkswacht.“

Großer Gelegenheitskauf
zu fabelhaft billigen Preisen. 60
1 großen Posten Herren-Vorcoll-Schnürstiefel nur 7,60
1 großen Posten Herren-Mohleder-Zugstiefel nur 8,65
1 großen Posten Damen-echt Chevreau-Knopf- und Schnürstiefel nur 8,40
1 großen Posten Damen-Black-Chevreau-Knopf- und Schnürstiefel nur 6,70
1 großen Posten Damen-Mohleder-Schnürstiefel nur 4,35
Ganzschuhe werden zu jeder Robe passend bezogen.
Damen-weiß Spangenschuhe von 2,95
Damen-weiß Salonshuhe von 1,90
Damen-Lack-Spangenschuhe, imit. von 2,45
Damen-Lack-Salonshuhe, imit. von 1,90
Damen-Lack- und Chevreau-Spangen, Gitter- und Besätze, echt Wien, hochlegant und chic.
Herren-Lack- und Chevreaustiefel, Good Year-Welt, hochlegant und chic, zu enorm billigen Preisen.
Erstes Bromberger Schuhwaren-Haus
Rios Hotel, Rosa Arendt, Rios Hotel, Poststr. 1.

Soeben erschienen:
Das erste Lebensjahr.
Wie ernähren und pflegen wir den Säugling?
Von Dr. R. Silberstein.
Preis 20 Pfg.
Durch die Expedition und Kolporteurs erhältlich.

„In freien Stunden.“
Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Kolporteurs zu beziehen.

Soeben ist erschienen:
Protokoll der Verhandlungen
der sozialdemokratischen Partei
REUSSENS
abgehalten zu Berlin
vom 28. bis 31. Dezember 1904.
Preis 30 Pfg.
Wir haben hier die Verhandlungen über „die Wohnungsfrage“, „die Schulfrage“, „das Kontraktbruchgesetz gegen die ländlichen Arbeiter“ und endlich „das Wahlrecht“ hervor und müsste das Protokoll im Besitz eines jeden Parteigenossen sein.
Erhältlich durch alle Kolporteurs und die
Buchhandlung Volkswacht.

Die russische Bewegung.

Die Arbeiter-Deputierten.

Jetzt handelt es sich nicht um verkleidete Polizisten, wie in jener „Deputation“, die zum Zaren geführt wurde, jetzt handelt es sich um eine wirkliche „Abordnung“ der Arbeiter sämtlicher Petersburger Fabriken, die eine Petition dem Senator Schiblowski unterbreitete. Schiblowski ist bekanntlich mit der „Bildung einer Kommission“ zur Aufklärung und Beseitigung der Ursachen der Arbeiterbewegung betraut. 76 freigeählte Arbeiter haben die festgestellte Petition dem Senator überbracht. Es wird u. a. Versammlungsfreiheit für den Arbeiter-Verband, Redefreiheit, Unverletzlichkeit der Person der Teilnehmer und die Freiheit der Reden und Beschlüsse in den Vorstandsversammlungen ohne Streichungsbreden zu lassen, verlangt. Nur, wenn diese Freiheiten gewährt würden, könne eine ordnungsmäßige unbeeinflusste Wahl der „Kommission“ stattfinden. Die Deputation beantragte Amnestie, die Freilassung der nach dem 14. Januar verhafteten Kameraden. — Der Senator Schiblowski empfing nur die Vertreter der Putzwerkzeuge. Man konnte sich aber auch mit ihnen nicht einigen. Die Situation im Empfangszimmer muß allmählich schmutzig geworden sein, da die Arbeiter sich veranlaßt fühlten, den Senator zu fragen, ob sie nicht etwa auf dem Rückwege der Gefahr der Verhaftung ausgesetzt seien. Herr Schiblowski versicherte, sie könnten ganz ruhig sein, man werde sie „mit keinem Finger anrühren.“ Kaum im Freien, wurde die ganze Deputation polizeilich aufgegriffen und in die Räume der Behörden des Belagerungszustandes geführt. Hier unterwarf man sie einer sorgfältigen Leibesvisitation, wobei man ihnen, da weder Waffen noch sonstige gefährliche Dinge zu finden waren, ihre Notizbücher und alle übrigen Papiere abnahm. Das geschah um 2 Uhr Nachmittags, doch konnten die Arbeiter nicht erfahren, auf welchen Befehl sie diesem Schicksal unterworfen wurden. Während um 10 Uhr erschien plötzlich Herr Sfasonow, der Chef jener Räume, vor ihnen und bat sie wegen der ihnen zuteil gewordenen Behandlung um Entschuldigungen. Er reichte den Arbeitern zweimal die Hand (Wie gnädig! Red. h. „Volkswacht“) und entließ sie mit den freundlichsten (!) Worten. So endete der erste Empfangstag der allgemeinen Arbeiterabgeordneten. Seither haben sich wieder mehrere Fabriken dem erneuerten Streik angeschlossen.

Revolutionäre Studenten.

Wie wir unter „Neueste Nachrichten“ bereits in der gestrigen Nummer mitteilten, fand in der Petersburger Universität eine Studentenversammlung statt, welcher einige Professoren, Privatdozenten und andere Personen, die ungehindert zugelassen wurden, beiwohnten. Nach vielen heftigen Reden wurde folgende Resolution angenommen:

Der abgelebte russische Absolutismus geht täglich und stündlich seinem unvermeidlichen Untergang entgegen und ist machtlos, mit dem anferwachten Volk fertig zu werden; er liegt im Sterben und erfährt eine Maßnahme, die immer unfruchtbarer ist als die andere, und ein Mittel gewagt als das andere, um seinen Untergang aufzuschieben; er hat das verbrecherische Abenteuer im fernem Osten unternommen, welches dem Volke Hunderttausende von Menschenleben und Millionen mühevoll erworbenen Geldes kostet. Längst führt die zielbewusste Intelligenz der Studenten einen hartnäckigen Kampf um die elementarsten Menschenrechte öfters ohnmächtig vor der rohen Gewalt einer zügellosen Regierung nieder, bis endlich auf der historischen Arena auch das Proletariat aufgetreten ist. Die letzten blutigen Ereignisse haben augenscheinlich gezeigt, wessen der Absolutismus fähig ist in der Verteidigung seiner jämmerlichen

schandbaren Existenz. Das zielbewusste, solidarische Auftreten des Proletariats in den Januartagen hat das Todesurteil des Absolutismus unterschrieben und die zweifelloste baldigst bevorstehende politische Befreiung Rußlands sichergestellt. Wir, als Teil der zielbewussten Intelligenz, begrüßen die Solidarität der Arbeiterklasse und stellen folgende Forderungen auf:

1. Einberufung einer gesetzgebenden Versammlung auf der Grundlage allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl durch die Bürger und Bürgerinnen des Staates, Redefreiheit, Pressefreiheit, Freiheit, Verbände zu gründen, Ausländer zu unternehmen usw.

2. Amnestie für alle Personen, welche wegen ihrer politischen und religiösen Überzeugungen in Strafe genommen sind.

3. Die Zugehörigkeit zu einer beliebigen Nationalität darf die politischen Rechte nicht beeinflussen. Außerdem ist, als Garantie gegen Übergriffe der russischen Regierung bei der freien Durchführung dieser Forderungen, zu allererst eine allgemeine Volksmiliz zu schaffen.

Da Rußland aus der Periode der Säugung in die offene Revolution tritt und alle nur ein Ziel vor Augen haben, können wir die Studien nicht fortsetzen und stellen dieselben bis zum 13. September ein. Bis dahin werden die Ereignisse neues Material zur Lösung der Frage geben.

Die Resolution wurde mit 8000 gegen 50 Stimmen angenommen. Die Opposition wollte eine Gegenversammlung abhalten, die aber nicht zu Stande kam. Vor dem Schluß der Versammlung wurde ein großes Bildnis des Kaisers, das im Saal hing, heruntergeholt und zerissen und rote Fahnen wurden entfaltet. Die Versammlung ging um 7 Uhr Abends ohne weitere Zwischenfälle auseinander.

Der Zar frühstückt.

Gegenüber der Meldung, daß der Zar jetzt ganz verbildet sei, wird in patriotischen deutschen Blättern eine Schilderung wiedergegeben, die angeblich vom Prinzen Friedrich Leopold von Preußen stammt. Dieser soll sich über den Eindruck, den die Hinrichtung Sergius' in Jarosloje-Selo machte, wie folgt geäußert haben:

„Ich war gerade im Begriff, zum Großfürsten Boris zu fahren, als ich durch die Dienerschaft erfuhr, in Moskau solle ein Anschlag gegen den Großfürsten Sergius verübt worden sein. Großfürst Boris beauftragte mich die Aufgabe; er wußte schon, daß Sergius tot sei. Ich sandte sofort meinen Adjutanten zum Zaren mit dem Auftrag, mein Pferd zu überbringen, und zu bestellen, angeht das traurige Ereignis hieße ich es nicht für angebracht, bei mir mich erlangenen Einladungen zur Familienfeier Folge zu geben. Der Zar ließ mir darauf sagen, er biete, trotz des Trauerfalles, zu erscheinen. Wir sprachen zu 6 Gedächtnis; die Kaiserin war nicht erschienen, dagegen waren die Kaiserin-Mutter und der Kaiser anwesend. Gegenüber der Bestätigung, die sich her Disziplinäre und des Hofes bemächtigt hatte, war der Zar von einer geradezu wunderbaren Ruhe. Er war sehr ernst und machte aus seinem Schmerze keinen Hehl, unterhielt sich aber ganz wie sonst eingehend über jede der zahlreichen Fragen des Tages. Die Tafel wurde nicht eine Minute früher, als vorgelesen, d. h. zu der für meine Abreise bestimmten Zeit, aufgehoben.“

Daraus geht also hervor, daß der Zar sich Essen und Trinken wohl schmecken läßt und eine „wunderbare“ Ruhe hat. Wenn ihn der Tod seines Onkels nicht mehr aufregt, wie soll ihn das Blut der hingeschlachteten Arbeiter rühren?

Eine Großfürstentafel.

Der Großfürst hat sich bleicher Schrecken bemächtigt; ein Pariser Telegramm meldet:

Nach einer Meldung der „Aurore“ aus Petersburg zirkulieren dort Gerüchte über die vom Zar angebotenen gestrichelten Beschlüsse. Es verlautet jedoch hierüber nichts Bestimmtes. Nur so viel steht fest, daß gestern Abend beim Großfürsten Wladimir eine Konferenz stattgefunden hat, an der die Großfürsten Alexander Alexandrowitsch, Nikolai Nikolajewitsch, Michael Alexander, Wladimir und Alexander Michailowitsch teilgenommen haben. In dieser Konferenz wurde über Mittel und Wege, die Revolution einzudämmen, beraten. Schließlich wurde beschlossen, die Gattin des Großfürsten Alexander zu beauftragen vom Zaren Maßregeln zum Schutze der Großfürsten zu erbitten. Die Teilnehmer an der Konferenz sprachen sich sämtlich gegen irgend welche Konzessionen aus und überließen dem Zaren

die Verantwortung für Katastrophen, die sich infolge von Ungeheuren ereigneten.

Das steht aus, als ob sich unter der Führung des Großfürsten Wladimir eine niedliche, kleine Palastrevolution vorbereitete. Sie wäre die erste nicht; man denke an Peter III. und Paul I.

Großfürst Paul „rehabilitiert“.

Der Großfürst Paul, der jüngste Ohm des Zaren, war am Hofe in „Ungnade“ gefallen, aller militärischen Würden beraubt und in Verbannung geschickt worden, weil er eine sogenannte „unstandesgemäße“ Ehe geschlossen hatte mit der geschiedenen Frau eines Obersten. Man sieht, was der viel gepriesene „Schwertadel“ im Ernste bedeutet. In Preußen hatte man sich darauf besetzt, den „zivilisierten“ Großfürsten ebenfalls der Ehrenstellen zu entheben, die er in der preussischen Armee einnahm. Paul lebte seitdem an der Riviera und in Frankreich. Jetzt hat der Zar an den Großfürsten telegraphiert: „Ich ernenne Dich zum Generaladjutanten, Uniform ist abgeholt.“ Wenn das nicht die Revolution im Keime ersticht!

Nach amtlich wird bekannt gegeben, daß Großfürst Paul Alexandrowitsch mit dem früheren Rang eines Generalleutnants und der Würde eines Generaladjutanten wieder in Dienst gestellt ist.

Der Priester Gapon.

von dem kürzlich schon mitgeteilt wurde, daß er sich zur sozialistischen Partei bekannt habe, richtet soeben aus seinem sicheren Versteck einen offenen Brief an die russischen Sozialisten. In diesem Aufruf heißt es u. a.:

„Genossen! Die blutigen Tage von St. Petersburg und in anderen Städten Rußlands haben die unterdrückte Arbeiterklasse in die besten Gegenläufer zum autokratischen Regime und seinem Chef, dem blutbedeckten Zaren gesetzt. Die große russische Revolution hat begonnen.“

Gapon fordert in dem Schreiben die sozialistischen Parteien Rußlands auf, sich zu verständigen und das Werk des bewaffneten Aufstandes sofort in Angriff zu nehmen. Alle Kräfte müßten zusammengefaßt und nach einem gemeinsamen Plan in Bewegung gesetzt werden. „Das Dynamit und die Bomben, der kollektivistische und der individuelle Terror!“ Das Ziel muß die Aufhebung des autokratischen Regiments und die Errichtung einer provisorischen, revolutionären Regierung sein, welche eine umfassende Amnestie für alle diejenigen, welche für die politische und religiöse Freiheit gekämpft und gelitten haben, auszusprechen hat. Das weitere Ziel ist die Einsetzung einer Konstituante, hervorgegangen aus allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen. Vorwärts zum Kampf! Wiederholen wir den Ruf der Arbeiter von St. Petersburg vom 22. Januar: „Freiheit oder den Tod!“

Rußland und Japan.

Der „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio: Die japanische Presse erklärt bezüglich der Friedensgerüchte einstimmig, daß dieselben verfrüht seien.

Die Gesamtstärke der Russen und Japaner am Schaho wird auf 700.000 Mann geschätzt. Der stark verschanzte linke Flügel Kuropatkins, der aus sechs Divisionen besteht, ist neuerdings bis zu einem Punkt fünf Meilen südlich von Kwailin ausgedehnt worden, wo eine starke Abteilung steht. Kuropatkin ist gegenwärtig in Jushun. Die Russen entwickeln eine lebhaftere Tätigkeit vor dem rechten Flügel der Japaner. Sie verwenden Chinesen dazu, um den Versuch zu machen, japanische Depots in Brand zu stecken. 7 Chinesen, die in Taiten gefangen genommen wurden, erzählten, jeder von ihnen hätte 600 Taels erhalten mit dem

Lobe-Theater.

Mora von Ibsen. Gastspiel von Frau Agnes Sorma.

Was am meisten bei dem gestrigen Gastspiel erfreute, war, daß wir wieder einmal Gelegenheit hatten, ein Ibsen'sches Werk in einer fast musterartigen Aufführung zu sehen. Von den Einheimischen wäre eigentlich nur bei Herrn Wendt (Gegner) zu tadeln, daß er im Anfang des dritten Aktes einen schnorrenden Leinwandton gebraucht, der hier über angebracht schien, sonst war seine Leistung wie auch die der anderen Mitwirkenden, Herr Berna als Doktor Reul, Herr Stange als Günther, Fräulein Wayer als Frau Pinden, sehr beachtenswert. Frau Sorma brachte ganz wunderbar die Entwicklung der Frau, die nur als Puppe neben ihrem Manne dahinklebt zum deutenden, sich den anderen gleichfühlenden Menschen heraus. Am höchsten stand ihr Spiel im dritten Akte, wo es gilt, das innerliche Erleben, das Erwachen der eigenen Persönlichkeit plastisch darzustellen.

Das Theater war ausverkauft, der Beifall sehr stark. Pr.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Wie Schiller gefeiert werden soll. Einer unserer vorzüglichsten Geister im Reiche der Kunst, Ferdinand Avenarius, schreibt in seinem rühmlichst bekannten „Kunstwart“ zu dem überall einträchtig behandelten Thema: Schillerfeier: wunderbare Worte: „Schillerfeier!... Ein Dichter kann übrigens noch anders gefeiert werden, als durch Denkschriften, Gedentreden und Festvorstellungen. In der großen, durch ihre Ruhe überwältigenden Rede, die der frühere deutsche Bergarbeiter Hne im Deutschen Reichstag hielt und deren tiefe Wirkung auch die bürgerliche Presse aufzuheben muß, gibt es einen Satz, der sich auf die heranabende Schillerfeier des deutschen Volkes bezieht. Hne schildert zuerst das Leben der Bergleute, die nackten Leibes in der Finsternis des Stollens ihr schweres Tagewerk besorgen, bei immer längerer Schichtdauer, von den Grubenherren immer grübler behandelt, ja sogar mißhandelt. An der Hand der amtlichen Statistik wies Hne nach, wie rapid das durchschnittliche Lebensalter der rheinischen Bergarbeiter sinke, und dann rief er blühend, mit einem kräftigen Schritt ins allgemeine, aus: „Wundern Sie sich da, wenn die Bergarbeiter im Jahr der Schillerfeier an den Kampf um ihre Menschewürde gehen?“ Literarische Fachmänner werden den Satz für eine Iphrale halten. Ein Streik, was kann denn der mit einem Dichter zu tun haben? Hat Schiller denn jemals ein Kohlenbergwerk gesehen, hat er denn eine Ahnung vom Los der Grubenarbeiter gehabt? Zu Schillers Zeiten hat man wohl hauptsächlich mit Holz geheizt, es scheint also ein anachronistischer Irrtum zu sein. Schiller mit den Bergleuten in einem Atem zu nennen. Und

was haben Forderungen und Verkürzungen der Arbeitszeit mit Friedrich Schiller zu schaffen? Wie passen die niederen Löhne der Bergarbeiter zu den hohen Versen Friedrich Schillers?... Und doch, vielleicht wird in all den Laufenden Schillerreden, die in diesem Jahre über das deutsche Volk niedergehen werden, kein Satz von so grundtiefer Bezeichnung für Friedrich Schiller gesprochen werden, wie im Deutschen Reichstag durch den ehemaligen Bergarbeiter Otto Huen! Der geliebteste Dichter eines Volkes bloß als Dichter ehren, sich an ihm ästhetisch begeistern, ihm Beifall klatschen, mit einem Worte: ihm bloß mit Worten danken, ist blutwenig. Die Dichter wollen fruchtbar wirken. Dichter wollen gelebt werden, Dichter wollen Wirklichkeit schaffen! Insonderheit Friedrich Schiller, der das leidenschaftlichste moralische Genie unter Deutschlands Massikern war. Schiller ist seit seinem Tode der Feuerherd gewesen, dessen Flamme in jedem Befreiungskampf die Deutschen zur allübenden Kraft erwärmten. An Friedrich Schiller hat sich Theodor Körner erdigt, als er im Kampf der wilden, verwegenen Jagd an den Freiheitskämpfen wider Napoleon teilnahm. Friedrich Schiller ist das Stichwort im Kampfe wider den Absolutismus gewesen, deshalb ist der fünfzigste Todestag Schillers — sieben Jahre nach der achtundvierziger Revolution — ein Feiertag nicht nur für die Deutschen, sondern auch für die befreiten Tschechen und Ungarn gewesen! Keine Zeit des Drangals, keine Stunde der Unterdrückung, in der die Bedrängten, kämpfenden sich nicht im Schatten Friedrich Schillers gefunden hätten. Was ist der deutsche Export von der Freiheit unter dem Sozialisten- und Anarchisten-Geist konfiszieren worden! Nun sammeln sich die zweihunderttausend deutschen Bergarbeiter, brennt und elend, übermüdet und mißhandelt, im Lichte der entsetzten Sonne an, um endlich in ihr allzu düsteres Dasein einen kleinen Funken Freude zu werben. Die Tochter aus Elythum soll auch den müden Sklaven aus der schwarzen Unterwelt erlösen! Das nun in diesem von tiefstem Ernst erfüllten Moment der Name Friedrich Schillers genannt wurde, bedeutet eine moralische Entbehrung, an deren Tiefe keine noch so patriotische Festrede in der nachenden Schillerzeit heranzureichen wird...“

Aus aller Welt.

Ein begnadigter Wauspelant. In Festungshaft umgewandelt wurde vom Kaiser die dreimonatige Gefängnisstrafe, die der Architekt und Maurermeister Hiemann in Potsdam von der dortigen Strafkammer wegen fahrlässiger Tötung erhalten hatte. Hiemann hatte vor zwei Jahren den Neubau der höheren Mädchenschule in Potsdam ausgeführt, wobei beim Aufbringen eines Trägers das Gerüst zum Teil zusammenstürzte

und zwei Arbeiter ihren Tod und andere schwere Verletzungen erlitten. Nachdem alle Rechtsmittel erschöpft waren, appellierte Hiemann an die Gnade des Kaisers. Die dreimonatige Festungshaft verbüßt er jetzt in der Zitadelle zu Magdeburg.

Die Spillebenschaft. Die Verhaftung des Bureauverwalters Luis Barth vom Verein Berliner Künstler hat großes Ansehen erregt. Die Untersuchungen, die er begangen, unterlagen der Prüfung der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin. Der 59 Jahre alte Angeklagte war seit dem Jahre 1898 als Bureauhilfsarbeiter, später als Bureauverwalter bei dem Verein Berliner Künstler angestellt und mit der selbständigen Führung der Bücher und Kassengeschäfte betraut. Ihm lag gleichzeitig das Einfließen der Mitgliedsbeiträge ob; diese hat er aber nur zum Teil an die Kasse des Vereins abgeführt und gebucht und einen Teil zu eigenem Nutzen verwandt. Als im Januar 1905 die Revision der Bücher für 1904 bevorstand, stellte er beim Jahresabschluss fest, daß die Summe der unterschlagenen Gelder bis auf jetzt 18 000 Mark angewachsen war. Da Barth die Unmöglichkeit ein sah, das Rantlo zu decken, ging er zu dem Kassenbeamten Ademann der Firma Kayser u. v. Großheim, deren Inhaber, Geheimler Barnt Kayser, erster Vorsitzender des Vereins Berliner Künstler war und machte ihm von seiner Unterschlagung Mitteilung. Dann stellte er sich selbst der Polizei-Rechtsanwalt Dr. Davidson verhandelte im Auftrag der Söhne des Angeklagten mit dem Verein Berliner Künstler wegen Erstattung der unterschlagenen Summe durch die Söhne und andere Familienmitglieder. Inzwischen waren aber die Vorgänge durch die Presse bekannt geworden, der Angeklagte wurde in Haft genommen, und dadurch geschlossen sich die Verhandlungen. Im Termin war Barth in vollen Umfang geständig. Wie er selbst angeben mußte, hat er ein Gehalt von 3000 Mark bejogen und sich in einer Roulage nicht befunden, da seine drei Söhne selbständig sind, und er nur für sich und seine Frau zu sorgen hat. Nach seiner Darstellung ist er ein Opfer der Spillebenschaft geworden. Er will Kennplätze besucht und gewettet haben und dadurch auf die schiefe Ebene geraten sein. Als er immer tiefer in die Verschuldungen hineingelassen. Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts auf zwei Jahre sechs Monate Gefängnis.

34 Fischer ertrunken. Der Turbadaner Fischerkutter P. O. 27 ist spurlos verschollen. Das Schiff, das immer in der Nähe der Elbaufmündung flücht, ist jetzt schon fünf Wochen auf See und seit mehr als drei Wochen von anderen Fahrzeugen nicht gesehen worden. Leider kann an dem Untergang des Fischers nicht mehr gezweifelt werden. Damit sind nun seit einem Vierteljahr, seit Ende Oktober vorigen Jahres, zehn große, zum Teil ganz neue Fischer-

Verprechen, daß, wenn ihnen die Brandstiftung gelänge, jeder noch 20.000 Taler erhalten werde. Sie werden wahrscheinlich zum Tode verurteilt werden.

Der Konflikt Oripenberg-Kuropatkin.

Aus Petersburg telegraphiert ein Korrespondent: Ganz Petersburg verfolgt mit gespannter Aufmerksamkeit die einzelnen Phasen des Konflikts Oripenberg-Kuropatkin. Eine dem Hofe nahestehende Persönlichkeit, die ich sprechen konnte, erzählte, Oripenberg habe in seiner Audienz beim Zaren einen unangenehmen Mangel an Takt und selbst an Patriotismus an den Tag gelegt und nur das Bestreben gezeigt, seine eigene Haut zu retten. Wenn alle Einzelheiten, die man von der Audienz berichtet, wahr sind, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Oripenberg vor ein Kriegsgericht kommt. Nichtsdestoweniger wird in Oostreien erzählt, Kuropatkin's Abberufung stehe aus Gesundheitsrücksichten unmittelbar bevor. An seine Stelle wird Großfürst Nikolai-Nikolajewitsch treten. — Dann kommt das Fiasko um so sicherer.

Gesichte.

Ein Telegramm General Kuropatkin's vom 20. Februar an den Kaiser meldet:

Die Japaner legten den Angriff auf Tsin-tscheng fort, wurden aber von unserer Abteilung zurückgeworfen, welche am 19. Februar Dayin-tschang besetzte. Am 18. Februar verbrannte eine Kolonnenpatrouille in der Nähe des Dorfes Tschang, zehn Werst nordwestlich von Tsaganin ein feindliches Depot für Lebensmittel und nahm zwischen Tschang und Tsaganin einen Provianttransport fort und verbrannte denselben, als sie von drei Seiten vom Feinde eingeschlossen war, worauf sie zu unseren Truppen durch die Berge zurückkehrte.

Marshall Dvornik berichtet: Gestern fand ein unbedeutender Anlaufangriff auf Sandzhan statt. Die Russen beschossen in der Nacht zum Montag Sapata mit schweren Geschützen.

Russische Eisenbahnanten.

Ueber Mißstände auf der Baikal-Umgehungsbahn wird der „Russk" aus Jekaterinburg berichtet: Die Verwaltung der Transbaikal-Bahn hat es noch immer nicht für möglich gehalten, den regelmäßigen Passagierverkehr auf der Baikal-Umgehungsbahn zu eröffnen. Bei der Beschäftigung der Bahn soll sich nämlich folgendes herausgestellt haben: Die Gewährleistung der Tunnels weisen Mängel auf, die temporären hölzernen Brücken erfordern durchgreifende Reparaturen, zahlreiche Bauten weisen große Mängel auf und entsprechen nicht den Konstruktionsbedingungen. Angesichts dessen hat die Bahndirektion einen sehr erheblichen Ergänzungsbudget zur Abheilung der erwähnten Mängel beantragt. Also auch hier Mißstände und Unterlassungen, die sich unter den obwaltenden Umständen in empfindlicher Weise fühlbar machen werden und schon fühlbar machen.

Deutscher Reichstag.

144. Sitzung, Dienstag, den 21. Februar 1905, Nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesratsstich niemand.

Rundschiff wird die Abstimmung über den Tolstojantrag des Zentrums, bei der sich am Sonnabend die Beschlußfähigkeit des Hauses ergeben hatte, wiederholt. Der Tolstojantrag wird in momentaner Abstimmung mit 151 gegen 113 Stimmen an eine Kommission verwiesen.

Es folgt die Beratung des von den Abg. Auer (Soj.) und Gen. eingebrachten Gesetzentwurfs auf Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern. Damit verbunden wird die Beratung eines Antrags der Polen über den gleichen Gegenstand und eines Antrags der Nationalliberalen auf Einrichtung eines Reichsarbeitsamtes, das die Befugnisse der jetzigen Kommission für Arbeitermittels haben soll.

Abg. Thiele (Sozialdemokrat).

Die ersten in der Richtung unseres heutigen Antrages liegenden Forderungen gehen auf die Jahre 1869 und 1877 zurück. Unter heutiger Antrag wurde schon im Jahre 1885 von uns gestellt. Aber man hat immer Geld, um es in die Kolonien zu senden, aber nicht für die Arbeiter. Mehr Jahre nach den berühmten Sozialreformen Kaiser Wilhelms II. konnte die Kommission des Reichstages erklären, daß unser Antrag abzulehnen sei, weil er nichts Besseres bezwecke, als die Verbesserung der gesamten gewerblichen Verhältnisse der Einzelstaaten an die von uns erstrebte Höhe. Das Zentrum hat ja ebenfalls schon 1888 einen Antrag auf Bildung von Arbeitskammern eingebracht, aber nie etwas dafür getan, um ihn in seiner ausschlaggebenden Gewalt zur Durchföhrung zu bringen. (Widerstand im Zentrum.) Man kennt ja die alte Festschrift Ihrer Partei, die den Arbeitern stets nur einen Schein bietet. 1898 verwarf der Reichstag drei volle Tage auf Beratung dieser Anträge, aber seitdem ist die Sache

Keinen Schritt vorwärts

gewonnen. Graf Posadowski meinte freilich, daß mit der Erlaubnis an Gewerbetreibende, Entschäden abzugeben und Anträge zu stellen, ein wesentlicher Teil der Forderung auf Arbeitervertretern erfüllt sei, und daß das Arbeitsmittelsamt nur eine Selbständigmachung der jetzt am Reichsamte des Innern bestehenden Abteilungen sein könne. Aber uns scheint der Bedeutung einer solchen Behörde eine untergeordnete Stellung nicht zu entsprechen. Eine Abordnung des antisozialdemokratischen Arbeiter-Kongresses zu Frankfurt versprach der Reichsminister ernste Erwägung. Seit 1 1/2 Jahren ist er damit nicht zu Ende gekommen. Alle unsere Forderungen für die Aufgaben des Reichsarbeitsamtes, der Arbeitsämter, der Arbeitskammern und der Einigungsämter sind längst von allen Parteien und von der Regierung als notwendig anerkannt worden und sind sofort durchführbar. Wenn die Regierung trotzdem unsern Antrag für unannehmbar erklärt, so tut sie es deshalb, weil durch ihn die Rechtlosigkeit des Arbeiters im wirtschaftlichen Leben und Kampf beseitigt würde.

Wir fordern Arbeitskammern, die aus Unternehmern und Arbeitern paritätisch zusammengesetzt sind, nicht reine Arbeiterkammern, weil wir glauben, daß die Beschlüsse der Arbeitskammern bei den Verbänden wenigstens einigermaßen Beachtung finden werden. Während wir volle 20 Jahre diese Forderung gestellt, aber nichts erreicht haben, sind uns

andere Länder weit vorangeschritten.

In den Vereinigten Staaten gibt es nicht weniger als 34 Arbeitsämter, in England gibt es solche seit 1893, in Frankreich seit 1891, in Belgien seit 1887. Selbst Österreich, welches immer langsam vorangeht, hat seit 1888 ein arbeitsmittelsamtliches Amt, welches nicht nur Erhebungen macht. In Deutschland haben wir seit 1892 allerdings eine Kommission für Arbeitermittelsamt. Wir haben seit 20 Jahren die Gewerbeinspektoren, wir haben die Statistik der Alters- und Invaliditätsversicherung, aber alles ist Stückwerk. Viele bürgerliche Sozialpolitiker haben sich daher für die Arbeitsämter ausgesprochen. Wenn die Regierung sich für ihre ablehnende Stellung früher darauf berief, daß unsere Anträge im Reichstag keine genügende Unterstützung fanden, so fällt auch dieser Vorwand hinweg, denn die Polen, die Nationalliberalen und das Zentrum haben Anträge gestellt, die im Kern auf dasselbe hinauskommen, wie unser. Wir haben Landwirtschaftskammern, Gewerbeinspektoren, Handelskammern, warum wollen Sie nicht Arbeitskammern zulassen? Die Fische im Wasser, das Wild im Walde hat keine Schongelbe, und wer diese Schongelbe durchbricht, wird härter bestraft, als wer die Schongelbe für die Arbeiter durchbricht.

Der Raubbau am Menschen

ist noch ohne Einschränkung. Ueber die Sucht von kalt- und warmblütigen Pferden unterhalten uns die Herren von der Rechten genau, als wir die Regierung über das Arbeiterverderben unterrichten können. Kenntnis von dem Leben von Millionen unserer Mitbürger kann der Regierung nur eine Organisation der Arbeit geben. In den Arbeitskammern würde sich kein so engherziger, feindseliger, selbststüchtiger Geist geltend machen, wie in den anderen Interessentengruppen. Schon aus Geschäftsmäßigkeitsgründen sollte die Regierung einmal chenger a gouche machen. Auf die Dauer muß es doch langweilig sein, immer nach der agrarischen Preise zu tanzen. (Seitens.) Je mehr die Regierung sich drängen läßt, desto mehr verliert sie den Anspruch auf die Anerkennung und das Vertrauen der Arbeiter, die zu einer ehrlichen, bürgerlichen Regierung sonst sehr wohl Vertrauen haben könnten. Aber die Regierung ist stark nur gegenüber den Arbeitern, gegenüber dem Kapital ist sie schwach. Der Herr Reichsminister geht zu den Landwirten und gratuliert ihnen zu ihrer Ernte, an demselben Tage, an dem 200.000 Bergleute auch einen Erntetag hatten, an dem sie

zu strenger Fischen

mußten, weil sie keine gesetzliche Vertretung hatten. Die Arbeiter sind sehr wohl reich genug für eine solche. In ihren eigenen gewerkschaftlichen Organisationen leisten sie unter den schwierigsten Verhältnissen mehr, als irgend eine andere Berufsgruppe leisten würde. Die Regierung gewöhnt durch die Untätigkeit der Arbeiter immer mehr an den Gedanken, daß sie nur gegen die Regierung etwas erreichen können. Der Herr Staatssekretär Graf Posadowski bestrich den sozialdemokratischen Staat im Staate. Aber vorläufig sollte er einen anderen Staat im Staate fürchten, jenen, dessen Vertreter erst nach anderen Umständen herbeigeholt haben in einer Weise, wie kein Direktor seinen Vorgesetzten beunruhigen würde. (Seitens.) Daß die Regierung sich weigert, ihr altes Versprechen einer Arbeitervertretung einzulösen, kann nur den Grund haben, daß sie fürchtet, diese Arbeiterkammern würden sich zu einer fürchtbaren Anklagebank gegen die bestehende Gesellschaft, den Bildungsstand und die Barbarei ihrer Produktionsweise stellen. Die Regierung fürchtet, daß die Klasse, die lange genug unterdrückt worden ist, endlich zur vollen Erkenntnis ihrer Lage kommt, daß die Intelligenz und Organisationskraft der Arbeiter wächst. Wir antworten dankend über diese Anerkennung. Aber die Arbeiter bitten nicht mehr um eine Vertretung, sie fordern sie, und wir fordern sie im Namen der Millionen, in deren Leben keine Wärme, keine Liebe bringt. Sie haben dem Kapital längst schon mehr gegeben, als des Kapitals ist, geben Sie nun auch den Arbeitern endlich, was ihnen zukommt. Wenn wir die Arbeiterforderungen nicht mit Hilfe der Regierung verwirklichen können, werden wir sie ohne und gegen die Regierung durchzusetzen wissen. (Leb. Beifall bei den Soj.)

Für Begründung des nationalliberalen Antrages erhält das Wort

Abg. Dr. Bahig: In unserer Partei herrscht heute nicht mehr die Theorie des patriarchalischen Systems, aber die neue Theorie, die auf die kaiserliche Februar-Erlasse von 1890 zurückgeht, hat sich noch nicht völlig durchgerungen. Neben empfindet den Antrag seiner Fraktion und wendet sich gegen die sozialdemokratischen Anträge. Ich akzeptiere allerdings die Kapitalberichterstattung dieses Antrages (Seitens) doch nur als Programm; ihr Inhalt dürfte sich kaum als praktische Unterlage für die Verhandlungen empfehlen. Für den Zukunftstaat mögen diese Forderungen gut sein. Im Gegenwartstaat sind sie einfach unaustrührbar. (Widerstand b. d. Soj.) Die Zusammenfassung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gemeinsamen Institutionen wird dem sozialen Frieden förderlich sein, wenn sie auch große Streiks nicht durchweg verhindern wird. Ich bitte zunächst unsern Antrag anzunehmen. (Beifall b. d. Natl.)

Abg. Auleroff (Vole) begründet den Antrag seiner Fraktion. Unserer Meinung nach erhalten die Februar-Erlasse auch das Versprechen der Arbeitskammern. Aber die Regierung scheint sich vor den Unternehmern zu fürchten, wir sehen ja, wie Herr Müller vor Herrn Kirchhoff zusammenklaut. Wir haben Handelskammern, Handwerkskammern, warum denn da keine Arbeiterkammern? Existierten schon Arbeitskammern, so wäre der Streik auf der Höhe vermieden worden. Die Grundlage sollen Arbeitervereine bilden, die höchste Zusammenfassung wäre dann das Reichsarbeitsamt sein. (Beifall b. d. Polen.)

Abg. Erdmann (Zentr.): Wir stehen auf dem Boden der Februarerlasse von 1890, welche ausdrücklich eine Ständevertretung der Arbeiter in Aussicht stellten. Der sozialdemokratische Redner hat die zahlreichen Bemerkungen des Zentrums in dieser Angelegenheit fast mit völligem Stillschweigen übergegangen. Der sozialdemokratische Antrag verlangt auch die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter, das würde einfach auf eine Majorisierung der Industriearbeiter herauslaufen. Wir wünschen die Einsetzung einer Vertretung für die gewöhnlichen Arbeiter, sowie für die Privatbeamten, wenn wir auch die Verteilung im Unternehmertum, Privatbeamtenstand und Arbeiterschaft nicht wünschen. Wir können aus den angegebenen Gründen dem sozialen Antrage nicht zustimmen, höchstens können wir ihn bei der zweiten Lesung der Regierung als Material überweisen. Eine Kommissionsberatung würde unnötiger Zeitverlust sein. Die Nationalliberalen und polnischen Anträge verlangen ein Reichsarbeitsamt. In der Tat ist das Reichsamt des Innern überlastet; in ganz Europa gibt es kein Nestort, dem so vielseitige Aufgaben gestellt sind. Indessen muß das Reichsarbeitsamt ebenso wie das Reichsversicherungsamt dem Reichsamt des Innern unterstellt bleiben. Wir werden einseitig für den nationalliberalen Antrag eintreten, den polnischen Antrag aber können wir nicht ohne weiteres akzeptieren. (Hört! hört! bei den Soj.) Der polnische Antrag weist dem Reichsarbeitsamt nicht nur sozialstatistische Aufgaben zu, sondern läßt es auch als Einigungsamt funktionieren. Inwiefern können wir den polnischen Antrag schon bei der ersten Lesung der Regierung als Material überweisen. Dem sozialdemokratischen Antrag werden wir bei der zweiten Lesung diejenige Behandlung zu Teil werden lassen, die er verdient. (Namen bei den Soj. Beifall im Zentr.)

Abg. Vank-Potsdam (konf.): Wir können keinem der 3 Anträge zustimmen. (Namen b. d. Soj.) Bei den Berufsvereinigungen, bei den Innungen und den Gewerbeinspektoren haben die Arbeiter ihre Vertretung. (Seitens.) Wenn wir noch weiter auf dieser Bahn gehen, dann können wir mit dem Auslande bald garnicht mehr konkurrieren. (Gelächter b. d. Soj.)

Abg. Wenzel (freil. W.): Ohne Zweifel haben die Arbeiter ein Recht auf Arbeitskammern, da ja auch die anderen Stände ihre gesetzliche Vertretung haben. Ich zweifle allerdings ein wenig daran, daß Vertretungen unter staatlicher Aufsicht mehr leisten, als freie Organisationen. Die Anträge sind zum Teil sehr unklar gehalten, und die Begründung des Antrages Auer macht es der Regierung nicht leicht, die vom Abg. Thiele vorgeschlagene Wendung nach links zu vollziehen. Allzuweit nach links wird es gewiß nicht gehen. (Seitens.) Trotz dieser Mängel stimmen wir im Prinzip dem sozialdemokratischen Antrage zu, denn hier können wir wirklich einmal den Zweifel durch Beizeugung austreiben, und den Arbeitern zeigen, daß auch wir uns ihrer Interessen annehmen. (Namen b. d. Soj. Nur zu.) Dem Abg. Pauli bemerke ich, daß die deutsche Industrie gerade durch die Arbeitergesetzgebung in ihrer Konkurrenzfähigkeit gestärkt wird. (Beif. links.) Unsere endgültige Stellungnahme zum Antrage Auer behalten wir uns für die zweite Lesung vor. Für den nationalliberalen Antrag können wir uns schon heute erklären. (Beif. b. d. Freil.)

Abg. Raab (Antif.) freut sich, daß die Sozialdemokraten jetzt für Arbeitskammern anstatt der Arbeiterkammern eintreten. Arbeitskammern empfehlen sich entschieden mehr, als einseitige Arbeiterkammern. Ein Anschluß der neuen Organisation an die Gewerbegerichte scheint nicht angebracht. Soweit die Entschäden der Arbeitskammern auch über die Frage der Handelsverträge einzufordern, möchten wir allerdings nicht gehen. Wir könnten da Verse zu hören bekommen, wie sie jüngst im „Hamburger Echo" standen: Der Höl auf Korn heißt Kinder morben.

Die Beibehaltung es niemals sah. (Namen rechts.) Andererseits halten wir die Mitarbeit einer möglichst großen Zahl gleichnamiger Genossen an praktischen Aufgaben für das beste Beförderungsmittel. (Namen bei den Soj.) Im Gegensatz zu Herrn

Litteratur.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 21. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zum Tode Reagels. — Die Bauern und die Revolution in Russland. Von R. Kautsky. — Friedrich Lehner. Von F. M. — Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Russland. Von N. Malanoff. (Fortsetzung.) — Konsumereibewegung und Sozialdemokratie. Von Herrn. Fleißner. — Literarische Rundschau: Wilhelm Bölsche, Aus der Schuegrube. Von Leopold Loeste. — Untersuchungen über die Seimarbeit der Frauen in Dänemark. Von ad. br.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3.25 Mr. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

„Kommunale Praxis", Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefozialismus, herausgegeben von Dr. Albert Seidel u. M. Redaktion und Verlag Berlin W. 15.

Die soeben erscheinende Nummer 4 der „Kommunalen Praxis" überrascht wiederum durch die Reichhaltigkeit des Inhalts; in einer ausführlichen Abhandlung beleuchtet H. Adelung-Maing die heftige Gemeindefreierform. Ein beherzigenswerter Aufsatz weist im Hinblick auf die in diesem Frühjahr in Preußen vorzunehmenden Wahlen ländlicher Gemeindevorsteher die Parteigenossen in den Landgemeinden auf die Wichtigkeit der Wahlbeteiligung, zugleich aber auch auf die Notwendigkeit einer sorgfältigen Kandidatenauslese hin. In der Sachlichen Beilage beginnt Emil Nitsche-Dresden eine sehr beachtliche Diskussion über Wahlbündnisse und andere Fragen kommunalpolitischer Natur; in den nächsten Nummern wird diese Erörterung, wie die Redaktion bereits anlässlich, fortgesetzt werden. — Einen immer breiteren Raum nehmen ebenfalls in der Zeitschrift die lehrreichen Originalberichte aus den verschiedenen Gemeinden ein; auch diesmal findet sich darunter manche interessante Notiz.

Probenummern kann man kostenlos vom Verlage der „Kommunalen Praxis", Berlin W. 15, beziehen.

Status. Kritische Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernbard). Jahrbuch vom 7. Heft des 2. Jahrganges: Größenwahn; Verstaatlichtes Wasser vom Reichstags-Abgeordneten Dr. Eduard David-Maing; Volkswirtschaft und Praxis; Neue der Welle; Bismarck; Paulblauen; Militär-Anleihen; Neue Enttäuschungen; Erklaffung beiebar; Die Standard Dill in Desterreich; Landwirtschafliche Pfandbriefe; Wohlthätigkeit; Ergänzung; Gedanken über den Geldmarkt; Futurs-Archiv. (Abonnement vierteljährlich per Post und Buchhandel 3.50 Mr. Kreuzband 4 Mr. Beilagen gratis in jeder Buchhandlung und vom Verlag, Berlin-Charlottenburg, Geystraße 69.)

fahrgänge (leben aus Hinterwälder, eines aus Blankensee und zwei aus Erang) der an der Unterelbe anlässlich Seefischer (wurde) verschweben, wobei 34 Fischer ihren Tod fanden. Kein Wunder, daß auf Hinterwälder, der Hamburger Fischermeister, die Angehörigen dem toten Fischer, der an einer Krankheit gestorben ist, auf den Leichenstein schreiben lassen: An Land perhorben. Denn das ist eine Anschauung.

Gesundheit. Der Streckenbauer, der den Anschlag auf den Schwelmer 96 bei Katernberg (Hann.) am 10. dieses Monats um 5 Uhr 30 Min. Morgens erwiderte und den Jung rechtzeitig zum Fahren brachte, das gestern Abend dem mit der Unterelbe verbundenen Berliner Kriminalbeamten gefolgt, daß er selbst das Schicksal des Schwelmer an dem Oble anbrachte. Der Streckenbauer ist sofort befreit worden.

107 Bergleute getötet. Aus New-York wird gemeldet, daß eine Explosion in den Virginia-Bergwerken zu Birmingham (Alabama) in der Nähe von Wetmore stattgefunden hat. In der Grube befanden sich 250 Arbeiter. Bisher sind 107 Leichen wiedergefunden worden. Die übrigen sind noch vermisst und dürften gleichfalls der Katastrophe zum Opfer gefallen sein.

Freigegeben, obwohl er gar nicht angeklagt war, ist, nach der „Frankf. Ztg.", am 14. Februar in Hannover vom Schöffengericht ein Schlosser Carl Giese. In Hannover hatte sich ein Mann Carl Giese aus Hannover einer öffentlichen Schandmährbeleidigung schuldig gemacht. Da die Ladung an ihn nicht befreit werden konnte, weil er nicht anwesend war, wurde er schließlich freigesetzt. Auf diesen Schicksal bin verhaftete in Zürich in der Schweiz die Polizei einen Kontor einer Schweizer Firma, den Schlosser Carl Giese. Er wurde trotz seines Protestes, daß er nicht Mann, sondern Schlosser sei und zur Zeit der Tat gar nicht in Hannover habe sein können, nach Hannover transportiert, wo ihm die Ladung zur Verhandlung vor dem Schöffengericht zugestellt werden sollte. Da dies aber launete „An den Mann Carl Giese", bezweigte er die Annahme. Das Gericht stich darauf einfach das Wort „Mann" durch und schrieb darunter das Geburtsdatum des Schlossers. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht erklärte die Schutzleute sofort, daß der Verhaftete gar nicht der gezeichnete Verzeher sei. Obwohl er nun also gar nicht angeklagt war, erkannte das Schöffengericht trotzdem auf seine Freisprechung. Der mehr als sechs Wochen widerrechtlich Verhaftete erhielt, nach der „Frankf. Ztg.", nicht einmal die 84 Pf., die man ihm bei seiner Verhaftung abgenommen. Sie waren für Porto ausgegeben, obwohl ihm das Porto gar nicht anging, sondern für eine ganz andere Person ausgerechnet war. Der Schlosser Giese er-

hielt lediglich eine gerade noch für den Nachmittag den 14. Februar, an dem er also entlassen wurde, gültige Fahrkarte 4. Klasse nach Frankfurt und eine nur für den 15. Februar gültige Karte 3. Klasse nach Frankfurt nach Heidelberg; dort gibt es Fahrkarten 4. Klasse nicht. An Fahrpreis wurden ihm für drei Tage ein Mark gegeben mit dem Bemerkten, sich in Heidelberg als mittellos auf der Polizei zu melden, dann käme er nach Zürich. — Jede Bemerkung würde den Einbruch dieser Schilderung nur abschwächen.

Verbraunt. Aus unbekannter Ursache brach an der Landungsbrücke Nr. 4 der Hofschildel Docks in Charlestown zu Boston Feuer aus, das mit rasender Schnelligkeit den Dampfer „Whilabelphia" von der Landung und die „Daltonhall" von der Hall-Platz ergriff. Drei Matrosen sind verbraunt, der angerichtete Schaden wird auf eine halbe Million Dollars geschätzt; die Schiffe und Ladungen sind nicht vollkommen verloren.

Respekt vor dem Herrn Bürgermeister. Der Bürgermeister der Stadt Prag erklärt im hiesigen Blatte die folgende Bekanntmachung: „Zur Warnung! Im Laufe des Jahres sind wegen Verleumdung des Unterzeichneten elf Verurteilungen erfolgt: a) gegen drei Personen wurden im ganzen vierzehn Monate Gefängnis; b) gegen acht Personen wurden im ganzen 140 Mark Geldstrafen eventuell Gefängnisstrafen erkannt. Für, den 12. Februar 1905. Die Polizeiverwaltung: Dr. Weize, Bürgermeister." — Es muß sich in Prag recht angenehm leben lassen.

Ueber den Erfolg der Kaffeemaschinen im Eisenbahnbetriebe in Gera teilt Eisenbahndirektor Bartschmann-Jena in der „Zeitschrift des Vereins deutscher Eisenbahnerverwaltungen" folgende interessante Einzelheiten mit: „Sobald das Verbot eines ur-typhologischen nur für 200 Beamte und Arbeiter der Betriebsverwaltungen bestimmten Kaffeemaschine bekannt wurde, kamen Beamte und Arbeiter aus allen Dienststellen, sowie fremde Fahrbeamte, die hier Aufenthalt hatten, und erboten sich Kaffee. Infolgedessen sind in einem Jahr in Gera nicht weniger als 73.792 Liter Kaffee zum Preise von vier Pfennig das Liter verkauft worden, während der Biergenuss alsbald in beträchtlichem Maße nachgelassen hat. Obgleich darauf gehalten wird, daß Kaffee nur aus guten Bohnen (1.20 Mr.) das Pfund, bereitet wird, wurde noch ein Ueberfluß erzielt, der sich bei einem Umsatz von nahezu 300 Mr. auf etwas mehr als 300 Mr. beläuft. Ein Ausschuss, aus Beamten und Arbeitern bestehend, befragt den Einkauf des Kaffees und verfährt über den erzielten Gewinn. Es wurden von dem Gewinn die Kosten eines Sommerausfluges der Beamten und Arbeiter bestritten und Unterzügen an Bediente gewährt." Man kann nur wünschen, daß auch auf anderen Stationen in gleicher Weise vorgegangen wird. Ob die Kaffeemaschinen etwas mehr oder weniger einbringen, das sollte absolut nicht in Betracht kommen.

Pauli halten wir die Sozialreform nicht nur eine Erwerbsreform, sondern für eine Erleichterung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt. (Beifall bei den Antikemisten.)

Abg. Bachmiste (Weil. B.): Zunächst müssen wir uns einmal verständigen, was wir von der Regierung fordern wollen. Wollen wir eine sozialpolitische oder eine sozialökonomische Zentralbehörde schaffen? Ich denke doch eine sozialpolitische. Im Prinzip stimme ich durchaus dem Vorschlag der Arbeiterkammern bei und mache mir zum Teil auch die vom Abgeordneten Thiele dafür angeführten Gründe zu eigen. Die arbeitspolitische Kommission leidet unter dem Mangel an Initiative; man hat sie zu der Zeit, als der Staat in die Krise maßgebend war, immer leutlicher einberufen. (Staatssekretär Posadowski tritt den Saal.) Wir stimmen für den nationalliberalen Antrag, wünschen aber eine weitere Festlegung des Begriffs Arbeitnehmer, und wünschen namentlich auch eine Vertretung der 2 Millionen Privatbeamten. Eine Hauptaufgabe des Reichsarbeitsamtes würde die Herbeiführung internationaler Verständigungen auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung sein. Ein Antrag dazu ist in Gestalt des Internationalen Arbeitsamtes in Basel vorhanden, das von der Gesellschaft für Sozialreform ins Leben gerufen ist. Eine gute Sozialstatistik ist die Grundlage einer gesunden Sozialpolitik; als ein Oberbegriff der sozialen Beziehungen soll das von uns gewünschte Reichsarbeitsamt in erster Linie dienen. (Beifall links.)

Abg. Erzberger (Zentr.): Der Abg. Mugdan hätte den Sozialdemokraten keinen Vorwurf daraus machen sollen, daß sie jetzt für die gemischten Arbeiterkammern eintreten. Im Gegenteil, sie erkennen damit an, daß eine Interessengemeinschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern möglich ist. Aber zu den Arbeitnehmern müssen auch die geistigen Arbeiter, die Techniker und Ingenieure, gerechnet werden. Der Abg. Pauli hat in einer ungerechtfertigten Weise über die Arbeiterkammern gesprochen, obgleich gerade er selbst für die Handwerkerkammern eintritt. Bei den Sozialdemokraten wird es nicht an der sozialpolitischen Verhandlungen gegen das Zentrum zu polemisieren. Aber wir haben es erreicht, daß die Regierung uns für den Spätherbst einen Gesetzesentwurf über Arbeitervertreterung in Aussicht gestellt hat. Der sozialdemokratische Vorschlag würde alle möglichen Zweige der verschiedenen Berufsstände in eine Kammer bringen; d. h. über die Organisation, sondern ein Familienunterstützungs-Verein. Würde für jeden der 38 Regierungs-Bezirke eine Kammer errichtet werden, so würden wir wahrscheinlich eine agrarische Mehrheit erhalten. Ueberhaupt ist es eine Gewerbeinspektion unmöglich. Es steht ein guter Kern in dem Antrag, aber wir haben nicht gewünscht, die großen Gruppen nach der Art ihres Betriebes zu organisieren. (Zwisch im Zentr.)

Damit schließt die Diskussion. Das Schlusswort zum sozialdemokratischen Antrage erhält Abgeordneter Weibel:

Die Debatte hat den von uns erwarteten Verlauf genommen. Immerhin hat seit der Zeit, da wir zum ersten Male mit einem Antrag kamen, das soziale Verständnis der Mehrheitsparteien einige kleine Fortschritte gemacht. (Abf. im Zentr.) Der Abg. Erzberger hat im Gegensatz zu seinem fraktionsgenossen Krumborn wenigstens einige gute Haare an unserem Antrag gelassen. Wir werden einhellig abwarten, welches Schicksal das ausschlaggebende Zentrum unserem Antrage bereiten wird. Einige Rücksicht wird es schon nehmen müssen, um nicht in weiten Kreisen der katholischen Arbeiter ein bedenkliches Schütteln des Kopfes hervorzurufen. Unser Antrag bezweckt die Schaffung einer Zentralstelle für Sozialreform, eine ökonomische Organisation der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Freilich ist das Reichsarbeitsamt, wie wir es wünschen, weit mehr als eine bloß statistische Behörde, wir würden es Reichsarbeitsministerium nennen, wenn Reichsministern in die Struktur der heutigen Reichsverfassung hineinpassen. Wenn das dem Zentrum zu weit geht, so soll es sagen, was es will. Der nationalliberale Antrag genügt uns auf keinen Fall, wenn er auch immerhin besser als gar nichts ist. Die nähere Organisation des Reichsarbeitsamtes überlassen wir einem besonderen Gesetz. Unter dem Reichsarbeitsamt sollen in jedem höheren Verwaltungsbereich Arbeitsämter errichtet werden. Diesen zur Seite sollen Arbeiterkammern stehen, die überall da eingreifen sollen, wo die Gewerbebetriebe verlangen. Die Kompetenz dieser Einigungsämter soll gegenüber der der Gewerbebetriebe beträchtlich erweitert werden, namentlich sollen sie das Recht der zwanagsweisen Vorladung von Zeugen haben. Von verschiedenen Seiten ist darüber gestritten worden, ob Arbeiterkammern oder Arbeitervereine das Richtige sei. Wir haben in diesem Punkte niemals Arbeiterkammern gefordert; im Jahre 1878 stellten Grillenberger und ich einen Antrag auf Errichtung von Gewerbelammern, bei denen dieselbe paritätische Organisation vorgezogen war, wie jetzt bei den Arbeiterkammern. Von den Gewerkschaften fordert etwa die Hälfte Arbeiterkammern und die andere Hälfte Arbeitervereine. Auf dem nächsten Gewerkschaftskongresse wird sich herausstellen, welche Ansicht die Mehrheit hat. Wir fordern nicht als Anhänger einer Interessensharmonie paritätische Arbeiterkammern anstelle der Arbeiterkammern, sondern weil die Kompetenz der Arbeiterkammern weit geringer sein würde, als die der Arbeitervereine. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Gedanke des Abg. Erzberger, den einzelnen Berufsvertretungen, wie den Landwirtschafts-, Handels- und Handwerkerkammern, Arbeitervertreter hinzuzufügen, erscheint uns weit weniger durchführbar, als die von uns verlangte Organisation. Wir verwerfen auch darum den Vorschlag des Abg. Erzberger, weil es Stände im alten Sinne heute gar nicht mehr gibt, weil morgen Fabrik ist, was heute Handwerk ist. Der Einwand, daß eine die gesamte Unternehmerschaft und die gesamte Arbeiterschaft eines Bezirkes vertretende Arbeiterkammer einmal vorwiegend agrarische Interessen zum Ausdruck bringen könnte, erschrickt uns durchaus nicht; in anderen Bezirken werden eben industrielle Interessen überwiegen. Und liegt vor allem daran, daß überhaupt organisiert wird; wir würden es begrüßen, wenn aus den Arbeiterkammern sich ein Arbeitskammer entwickelt würde, der dem Reichsarbeitsamt als großer Beirat dient. Die kirchlichen Dankschreiben fordern Arbeiterkammern; dieselbe Forderung erhebt der Zentralverband der Industriellen, welcher glaubt, Arbeiterkammern eher als Arbeitervereine zur Bedeutungslosigkeit herabdrücken zu können. (Sehr wahr! bei den Soz.) Diese Stellungnahme des Zentralverbandes zeigt uns, daß wir mit der Forderung der Arbeiterkammern auf dem richtigen Wege sind. Es werden unsern Antrag in irgend einer Form begraben. Gut, begraben Sie ihn. Was wir wünschen, ist Klarheit. Gegen Änderungen unseres Entwurfs haben wir prinzipiell nichts einzuwenden. Wir halten uns nicht für unsehbar. (Na, na! rechts.) Unmögliches fordert unser Antrag nicht. Sind doch von Ihnen mehr als einmal Anträge eingebracht worden, die nichts als eine Wiederholung von Anträgen waren, die wir gestellt hatten, und die von Ihnen für unmöglich erklärt waren. Der Unterschied ist eben: Wir gehen voran und Sie folgen langsam nach. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag Baasche mit großer Mehrheit angenommen, ebenso der Antrag Bachmiste. Der nationale Antrag der Regierung als Material überweist. Der Antrag Auer kommt zur zweiten Lesung.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Dritte Lesung der Handelsverträge.)

Schluss 6 1/2 Uhr.

Im Abgeordnetenhaus

wurde gestern die Beratung des Kultusetats begonnen. Gleich zu Anfang gab es einen kleinen Zwischenfall, der weitere Kreise ziehen wird. Der nationalliberale Abg. Dr. Friedberg streifte die Bewegung der Studenten und die Frage der akademischen Freiheit und wies darauf hin, daß die Erklärung des Ministerialdirektors Dr. Althoff in der Budgetkommission, monach die Zwangsregeln auf der einzelnen Hochschule zwischen Studenten und Aufsichtsbehörde beigelegt oder der Beilegung nahe seien, den Tatsachen nicht entspreche, da der Streit immer noch weitere Kreise ziehe. Herr Althoff antwortete dem nationalliberalen Abgeordneten in einer Rede deren Wortlaut auf der Tribüne nicht völlig verstanden wurde, die aber für den Abg. Dr. Friedberg nach seinem Benamnis verlesbar

gewesen sein muß. Beim Kapitel „Unbesoldet“ wird es jedenfalls zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen beiden kommen. Im Mittelpunkt der Debatte standen im Anschluß an den Titel „Gehalt des Ministers“ die Verhältnisse der Lehrer und das kommende Schulgesetz. Herr Poych sprach in längerer Rede für eine Aufbesserung der Gehälter überhaupt für eine Verbesserung der ganzen amtlichen Stellung des Lehrers und gedachte mit Bedauern der Tatsache, daß durch das Schulkompromiß die Frage der Schulunterhaltung mit der Frage der Konfessionalität der Schulen verknüpft worden ist. Diese Verknüpfung gab dem Abg. Fr. von Jellitz Anlaß zu einer überraschend heftigen Erörterung. Herr von Jellitz vertrat den Standpunkt, daß sich die Frage der Schulunterhaltung bei der jetzigen Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses überhaupt nicht ohne die Berücksichtigung der Frage der Konfessionalität der Schulen lösen lasse und machte diese Argumentation in mehr brüster als sachlicher Weise der Linken als richtig zu beweisen. Unter maßlosen Uebertreibungen machte er der Linken den Vorwurf, daß sie eine verlogene und schwindelhafte Agitation gegen das Kompromiß und das Bürgertum und namentlich in die Lehrerkreise hineingetragen habe. Dem Kultusminister waren diese Ausführungen des Herrn von Jellitz Wasser auf seine Mühle. Auch er bedauerte die Agitation der Liberalen und fand dabei noch die Unterstützung des konservativen Abgeordneten Dr. Fr. Min. Nach dieser Einleitung wird es wohl morgen, wo die Beratung fortgesetzt wird, zu einer recht lebhaften Auseinandersetzung über das bestimmt im Herbst zu erwartende neue Schulgesetz kommen.

Lokales und Provinzielles.

Dreslau, den 22. Februar.

An die Parteigenossen des Agitationsbezirks Breslau!

(umfassend die Kreise Biegnig-Gubrau, Steinau-Wohlan, Müllisch-Trachenberg, Oels-Bartenberg, Breslau-Land-Neumarkt, Breslau-Ost, Breslau-West, Ohlau-Strehlen, Briesg-Ramslau, Reiffa, Neustadt, Falkenberg, Leobschütz, Kreuzburg-Rosenberg, Oppeln.)

Zur Beratung der Organisation im neugebildeten Agitationsbezirk haben wir die Parteigenossen der obigen Wahlkreise zu einer

Bezirkskonferenz

auf

Samstag, den 26. Februar, Vormittags 11 Uhr nach

Breslau, Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 2

ein. Zu dieser Konferenz kann jeder obengenannte Wahlkreis 1 bis 3 Vertreter entsenden. Außerdem ist je ein Vertreter der in Schlesien erscheinenden Parteiblätter zur Teilnahme berechtigt.

Anträge, die vorher veröffentlicht werden sollen, ersuchen wir an Genossen Oskar Schütz, Breslau, Neue Graupenstraße 5/6, zu richten.

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Vom Breslauer Stadthaushalt.

I.

Das erste Grün im Vorfrühling des neuen Jahres! An den kahlen, graubraunen Zweigen unserer Bäume und Sträucher sucht man es freilich noch vergeblich. In den Behauptungen unserer Stadtväter, in den Redaktionen der Zeitungen erscheint es in Gestalt zweier dickleibiger Bände von großem Format, in grasgrünem Einband. Der Gemeindefinanzetat der Stadt Breslau für das Jahr 1905 ist da. Und er fordert von dem „Glücklichen“, der ihn zu bearbeiten hat, um seinen Inhalt den nicht mit einem Stadtverordnetenmandat versehenen gewöhnlichen Sterblichen verständlich, genießbar zu machen, viel Anstrengung und Selbsterleugnung, denn es ist kein leichtes Ding, sich durch die fast 1700 Seiten voll Zahlen und Tabellen hindurch zu arbeiten. Was doch so ein Stadtvater alles zu tun hat und verlegen muß. Es gibt allerdings boshafte Leute, die da behaupten, manche Stadtväter, die vielleicht schon ein Jahrzehnt und länger den kurullischen Sitz mit ihres Körpers gewichtiger Last drücken, hätten nie einen Blick in jene dicken grünen Bände getan und verstanden vom Stadthaushaltetat nicht mehr, wie der Däse vom Violinspiel. Aber das ist selbstverständlich abscheuliche Verleumdung. Das Wort „Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand“ hat immer noch seine gute Berechtigung, besonders bei den „Erwählten“ des famosen Dreiflassenwahlrechts.

Den endlosen auf 1684 Seiten verteilten Zahlenreihen schickt der Kammerer Mathes, der gegenwärtige Finanzminister der Stadt Breslau, das übliche „Erpöse“, die einleitende Darlegung der Gründe voran, die zur vorliegenden Gestaltung des Etats geführt haben. Das gegenwärtige Erpöse zeichnet sich vor seinem Vorgänger recht angenehm aus. Den vorjährigen Etat hat Stadtrat Weller aufgestellt. Der Unglückliche, den schwere Krankheit bekanntlich in den freiwilligen Tod trieb, ließ sich von dem ungünstigen Abschluß des Etatsjahres 1902 so beirren, daß er auch für 1903 nichts Besseres erwartete und den Etat für 1904 daher in fast allen Teilen so knapp bemas, natürlich mit Ausnahme der Steuern, die so hoch wie nie zuvor angesetzt wurden, daß überall Heulen und Zähneklappern war. Für die günstigere Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres 1903 hatte Herr Weller nicht den rechten Blick und so überraschte ihn denn bald nach Fertigstellung des Etats für 1904 die für die Steuerzahler sehr erfreuliche, für ihn als blamierten Finanzkünstler aber niederschmetternde Entdeckung, daß das Staatsjahr 1903 einen fast 1 1/2 Millionen Mark betragenden Ueberschuß habe und daß infolge seiner pessimistischen Etatsgestaltung für 1904 ein noch größerer Ueberschuß — er wird 2 Millionen Mark betragen! — zu erwarten sei. Wenn nach Wellers Selbstmord die Behauptung auftauchte, ihn habe der gewaltige Ueberschuß in den Tod getrieben, so mag das komisch klingen, weil Finanzleute sonst wohl eines großen Deszotts wegen, nicht aber eines Millionen schweren Ueberschusses wegen den Tod suchen mögen, aber es dürfte doch nicht ganz falsch sein. Weller erkannte an dem unvermuteten Ueberschuß in seiner Kasse, daß er seiner Aufgabe nicht gewachsen war, daß schwere Krankheit seinen Blick getrübt hatte, und so zog er den Tod einem Leben der Schwäche und des Leidens vor. Wellers Irrtum war ansehnlich der obwaltenden Umstände verzeihlich.

undgreiflich aber erscheint es doch, daß nicht andere Leute im Magistrat die falsche Beurteilung der wirtschaftlichen Lage durch Weller erkannten und richtig zu stellen wußten.

Na, Herr Mathes hat es nun um so besser. Er schwimmt in Ueberschüssen und kann sich als Staatskassier sehr vorteilhaft bei der Bürgerchaft einfinden, indem er statt 150 Prozent nur 140 Prozent der Einkommensteuer für die Gemeinde erhebt, Gewerbe- und Grundsteuer gleichmäßig auf 165 Prozent derselben Staatssteuern bemisst, während die Gewerbesteuer im vergangenen Jahre mit 170 Prozent, die Grundsteuer mit 172,3 Prozent der gleichartigen Staatssteuer bemessen wurde. Natürlich hat die bessere Finanzlage auch ermöglicht, Ausgaben in größerem Umfange zu machen. Das und das weitere Anwachsen der Stadt Breslau hat die Gesamtsumme der Ausgaben von 22 Millionen 963,000 Mark im Vorjahre (wir geben nur die runden Summen) auf 25 Millionen 20,000 Mark im vorliegenden Etat, also um 2 Millionen und 57,000 Mark erhöht. Der Etat der Stadt Breslau balanziert jetzt also in Einnahme und Ausgabe mit reichlich 25 Millionen Mark — ein artigen Summchen! Wie sich Breslau (1890/91) die Einnahmen und Ausgaben der Stadt nach dem Etatstoll mit nur 10 Millionen 428,000 Mark balanzieren, also nur zwei Fünftel der jetzigen Gesamtsumme ausmachten.

Da die für Deckung der 25 Millionen Ausgabe im Betracht kommenden Einnahmen nicht ganz 14 Millionen Mark ergeben, muß der Rest von 11 Millionen und 75,000 Mark also durch direkte Steuern gedeckt werden. Davon soll die Einkommensteuer mit 140 Prozent rund 6,440,000 M. bringen, nur 160,000 M. weniger wie im Vorjahre, wo 150 Prozent der Einkommensteuer 6,600,000 Mark bringen sollten. Die relative Erhöhung des Ertrages kommt daher, daß in diesem Jahre der Einheitsfuß (1 Prozent) der Einkommensteuer mit 46,000 M. berechnet wird, entsprechend den günstigeren Verhältnissen, während er im Vorjahre nur 44,000 M. betrug. Die Rechnung ist danach sehr einfach: 140 x 46,000 = 6,440,000 M.

Die Gemeindefinanzverwaltung soll diesmal in Höhe von 3,1 vom Tausend des gemeinen Wertes erhoben werden, was nach dem Etatvoranschlag 3 Millionen 364,700 Mark ergeben wird. Im Vorjahre wurden 3,2 % also ein Zehntel vom Tausend mehr erhoben, doch brachte das nur 3 Mill. 248,000 Mark. Die Differenz erklärt sich daraus, daß im Vorjahre der gemeine Wert aller Grundstücke auf 1015 Millionen Mark angenommen wurde, der Einheitsfuß (1/10 pro Mille) also 101,500 M. betrug, während dieser Wert im kommenden Etatsjahr unter Einfluß der Grundstücke in den eingemeindeten Orten auf 1085 Millionen Mark geschätzt ist. Da der Einheitsfuß demnach jetzt 108,500 M. beträgt, ergibt sich wieder in einfacher Rechnung als Ertrag der Grundsteuer für 1905: 31 (3,1) x 108,500 = 3,363,700 M. oder 1200 M. weniger, wie Herr Mathes ausrechnete, der mit der Berechnung der Gemeindefinanzverwaltung überhaupt Pech zu haben scheint, wie auch der „Unfall“ mit den zunächst versehentlich angenommenen 1185 Millionen Wert der Grundstücke zeigte.

Die Gewerbesteuer, die um 11 Prozent (165 statt 176 %) gegenüber dem Vorjahre ermäßigt wurde, wird trotzdem nur 49,500 M. weniger bringen (1,270,500 M. statt 1,320,000 M. in 1904). Das kommt daher, daß auch hier der Einheitsfuß, den günstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend, von 7500 M. auf 7700 Mark erhöht wurde, was: 165 x 7700 = 1,270,500 Mark ergibt. Im Ganzen sollen die drei direkten Steuern 92,800 Mark weniger bringen, wie im Vorjahre.

Die besseren wirtschaftlichen Verhältnisse haben nicht nur insofern günstig auf den Etat eingewirkt, als sie die direkten Steuern ertragreicher gestalten werden. Sie wirken vielmehr auch auf die Ergebnisse der indirekten Steuern und ebenso auch auf die der städtischen Betriebe, soweit diese überhaupt bisher Ueberschüsse lieferten, bessernd ein. Vor allem haben sie nach allen diesen Richtungen schon gewirkt, haben für 1903 und 1904 große Staatsüberschüsse verursacht und das übt insbesondere seine Wirkung auf den Etat 1905. Der Ueberschuß des Jahres 1903 ist mit 1 Mill. 407,000 Mark als außerordentliche Einnahme in den jetzt vorliegenden Etat aufgenommen. Ob diese Verwendung des Ueberschusses richtig ist, darüber wollen wir unsere Meinung in einem nächsten Artikel sagen.

Der Bergarbeiterstreik im Rheinl. Revier

ist gleich dem im eigentlichen Industriegebiet völlig resultatlos verlaufen. Die „Herren“ haben es trefflich verstanden, der undisziplinierten Masse gegenüber zu „fliegen“. In manchen Gruben, wo von vornherein nur ein Teil der Belegschaft streikte, konnte der Ausgang vom ersten Augenblick an nicht zweifelhaft sein. Dort, wo ein großer Teil oder die ganze Belegschaft streikte, wie auf der Emma- und Nebengrube, wußte man die zunächst einmütig und tapfer Aushaltenden wieder an die Arbeit zu geben. Die Zahl der Arbeitswilligen wurde stark übertrieben, die Beamten drohten, die Nichtausführenden für immer abzulegen, und als dann die Nachricht kam, die Nebengrube werde stillgelegt und die gesamte Belegschaft in der Tat die Abkehr erzwungen, da war die Niederlage entschieden. Die armen Leute fahrten, ohne irgend etwas erreicht zu haben, knirschend in das Joch, in das lang getragene Glend zurück. Die „Herren“ aber hielten strenge Musterung unter den Besetzten, und wer als Aufrechter und Geher bekannt oder auch nur verdächtig war, dem wurde ohne Gnade die Entlassung gegeben — und jede andere Grube des Bezirks bleibt dem also Geschickten für immer verschlossen. Werden endlich auch die Rheinl. Bergleute die empfangenen bitteren Lehren beherzigen und sich einer wirkl. Arbeiterorganisation anschließen, um so endl.

Ich zu besseren, menschenwürdigen Lebensverhältnissen zu kommen?

Breslau-Berliner Streikpuff. Aus Berlin wird uns geschrieben: Anlässlich des Streiks in der Treibenberg'schen Maschinenfabrik in der Größchenstraße zu Breslau hielt sich der Delegierte des Metallarbeiterverbandes Schlegel am 9. August vorigen Jahres in der Nähe der Fabrik auf. Ein Schutzmann, der ihn auf und ab gehen sah und dem er von seinem Vorgesetzten als „der Leiter des ganzen Streiks“ bezeichnet worden war, wies ihn weg. Sch. folgte nicht unbedingt. Er wurde darauf wegen Uebertretung der Dreslauer Straßenpolizei-Verordnung angeklagt, und zwar wegen Uebertretung der Allerweltbestimmung, wonach den „zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung, Pünktlichkeit und Sicherheit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße ergehenden polizeilichen Anordnungen“ Folge zu leisten ist. — Angeklagter betonte, daß er nicht einmal Streikposten gestanden, sondern nur die Streikposten kontrolliert habe. Er habe auch nur mit Streikenden und nicht mit Arbeitswilligen gesprochen.

Das Breslauer Landgericht als Berufungsinstanz verurteilte ihn jedoch zu einer Geldstrafe und führte aus: Auch wenn Angeklagter nur die Streikposten kontrolliert hätte, hätte er doch der Aufforderung des Polizeibeamten zum Wegehen folgen müssen. Nachher sei, daß der Schutzmann die Absicht (II) gehabt habe, mit seiner Anordnung die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Pünktlichkeit des Verkehrs zu sichern. Es stehe nach den Aussagen des Beamten fest, daß er befürchtete (II), bei längerem Verweilen Sch.'s könnte (II) es zu Störungen des Verkehrs kommen, da ganze Trupps von Streikenden vorbeizogen und auch mal stehen blieben. — Angeklagter legte Revision ein und hob hervor, daß keinerlei Störungen vorgekommen seien und so das ganze polizeiliche Vorgehen einer tatsächlichen Grundlage entbehre. Das Kammergericht verwarf jedoch das Rechtsmittel als unbegründet und ging dabei von dem neulich von uns ausführlicher dargelegten Grundlügen aus. Danach ist es gleichgültig, ob schon eine Ruhe- und Sicherheitsstörung stattfand; es genügt die „Verletzung“ des Schutzmannes, daß es ohne sein Einschreiten zu einer solchen kommen könnte, und seine „Absicht“, einer solchen, sagen wir einmal: möglicherweise vielleicht möglichen Störung vorzubeugen. Diese Grundlügen werden jetzt in vielen, vielen Streikpostenprojekten vom Kammergericht schablonenmäßig angewandt. Und der Streikpostenkontrollant gilt danach als ein eben solcher Störungsabzweiger in der Streikposten. Ja, aber das Koalitionsrecht steht immer noch in der Gewerbeordnung drin!

Eine Varietee-Versammlung vom Landkreis Breslau fand am Sonntag, den 19. Februar, im „Gewerkschaftshaus“ statt. Genosse Schütz sprach über die am 26. Februar ca. stattfindende Bezirks-Konferenz für den Apollonischen Bezirk Breslau und erläuterte die Apollonische Organisation in den Wahlkreisen in Schlesien. Darauf wurden die Genossen Schwarz und Härtel als Delegierte zu der Bezirks-Konferenz gewählt. Es wurde noch bedauert, daß die Versammlungen nicht mehr so regelmäßig stattfinden. Als Grund dafür gab der Vertrauensmann den schlechten Verkehr an und dann seien nicht immer Referenten zu bekommen gewesen. Es wurde von nun ab beschlossen, regelmäßig allmonatlich eine Versammlung abzuhalten, aber es habe zu jeder Versammlung ein Referent zu erscheinen. Im allgemeinen gab man noch zu erkennen, daß der Landkreis von Breslau gute Fortschritte mache, aber es sei noch übrig zu arbeiten, um denselben zu der Reichstagswahl zu erheben. Vom Genossen Witsch wurde noch der Beschluß zum Parteitag in Leipzig in Erinnerung gebracht, daß die Arbeiter allmonatlich die Ab- und Zugänge in ihrer Abonnentenliste zu melden haben.

Die Gefahren des Alkoholismus und ihre Vermeidung. Ueber dieses Thema sprach am Montag (Gemeiner Medizinischer Professor Dr. von Strümpell, Direktor der Universitätsklinik für innere Krankheiten, im großen Saale des Kurhauses vor einem zahlreichen Auditorium. Veranlaßt war die Versammlung von der Diskussionsfrage des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke. Der Referent führte aus: Die Alkoholfrage werde von vielen vom moralischen Standpunkte beurteilt, während sie von anderen wieder nur von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus betrachtet werde. Wichtig sei es allerdings, daß in Arbeitertreuen ein nicht unerheblicher Teil des Einkommens auf alkoholische Getränke verwendet werde, man könne 20 Prozent annehmen, in Bayern, im Bierlande, mag der Prozentatz ein noch höherer sein. Aber nicht nur bei Arbeitern, sondern auch in besser bemittelten Ständen werde, wie es die Gesellschaftsformen mit sich bringen, unerbittlichmäßig viel für geistige Getränke ausgegeben. Von der moralischen oder wirtschaftlichen Seite wolle er jedoch die Frage nicht behandeln, sondern ausschließlich von der gesundheitlichen, auf Grund der Erfahrungen, wie sie der Arzt bei dem Alkoholismus gemacht habe. Die Alkoholfrage sei von den Ärzten aufgestellt worden, die daran gerichteten Verordnungen hingen mit der Richtung zusammen, die die Ärzte in der Medizin eingeschlagen hätten. In den letzten Jahrzehnten haben die Ärzte ihre Aufmerksamkeit solchen Krankheitszuständen zugewandt, die man mit dem Namen alkoholische Krankheiten bezeichnet. Es habe sich unabweisbar ergeben, daß der übermäßige Genuß alkoholischer Getränke ganz erhebliche Störungen im menschlichen Organismus hervorbringt. Dazu sei unbedingt der regelmäßige, gemäßigtere Alkoholgenuß zu rechnen. Wenn Leute Tag für Tag beim Frühstück oder Abendessen große Mengen Alkohol zu sich nehmen, so dürfen sie sich nicht wundern, wenn sie mit den Jahren, wenn sie auch noch so gesund und robust gewesen, an den Organen erkranken, die am meisten gegen den Alkoholgenuß empfindlich sind. Nebenher gab einen kurzen Überblick über das Entstehen von alkoholischen Erkrankungen und deren Verlauf. Am meisten gefährlich sei der übermäßige Alkoholgenuß das Herzkreislaufsystem an und verursahe die schwersten Störungen, die oft einen tödlichen Verlauf nehmen. Gar viele Leute glauben nicht, daß der Alkohol schädlich sei, sie fühlen sich dabei kräftig und gesund. Sie haben aber keine Probe auf ihre Gesundheit gemacht; ein wirklich gesunder Mensch widersteht einer Krankheit viel mehr, als ein durch Alkohol geschwächter, in der Widerstandsfähigkeit erkräftigt man erst seine Gesundheit. Dem Praxismann schreibt der Vortragende die größten Schädigungen zu, während er dem Bier einige Nährstoffe bis 3 Prozent, zuzählt. Hier sei es die Fettigkeit, die im Organismus erhebliche Störungen verursahe, sie herbeizuführen die Fettigkeit, bezeichne die Atmung u. dergl. m. Delirien treten aber durch Biergenuß nicht so häufig auf als beim Schnaps. Ueber den Wein bemerkte der Redner, daß er nicht so im Uebermaß genossen wird, schon deshalb nicht, weil er teurer als andere geistige Getränke sei. In der Hauptsache wendete er sich gegen den Genuß von Spirituosen und Bier. Hinsichtlich der Frage über den Begriff „Mäßigkeit“ äußerte der Professor, daß sich lieber eine Grenze nicht ziehen lasse, Mäßigkeit sei eine sehr schwere Sache, er sei nicht Abstinenz, aber die Strengigkeiten zwischen Abstinenz- und Mäßigkeitvereinen sollten beiseite gelassen werden gegen den Mißbrauch gekämpft werden. Belehrung, Aufklärung wären die besten Mittel; die Ärzte und Lehrer vor allem sollten sich in der Dienst der guten Sache stellen. Allgemeine Bekämpfung des Bildungstandes, höheres geistiges Niveau, dann werden auch die Gedanken auf das Wünschenswertheste schwinden.

Handwerker-Museum. Im zweiten Stock des Kunstgewerbe-Museums hat die Buchhandlung Bial, Freund u. Comp. (Inhaber Blumenreich) eine Ausstellung französischer Malerei für acht Tage veranstaltet. Die Namen der bekanntesten französischen Malermeister sind mit guten Bildern vertreten.

Im Dienste des Kapitals zu Tode verunglückt. Am 20. v. Mts. Nachmittags in der Kesselfabrik der Gebrüder Hedemann, Brüderstr. 26-27, die Schmelze Adolf Wuttke

und Paul Peulert eine 800 Kilogramm schwere Eisenplatte zeugen, kam diese ins Wanken und fiel auf drei Arbeiter, an einem Pfeiler lehrende Platten, wodurch die beiden Männer unter die schwere Last gerieten. Wuttke erlitt innere Verletzungen, Peulert einen Beinbruch. Beide wurden dem Krankenhaus der Dampfheizgen Brüder zugeführt, wo Wuttke gestorben ist.

Vom Beisehewagen überfahren. Dienstag Mittag wurde auf der Gartenstraße, Ecke Taschenstraße, eine Frau von einem Beisehewagen überfahren. Ein Arzt stellte einen Beinbruch fest und leitete die Frau die erste Hilfe. Die Frau wurde dann mit dem Krankenwagen nach der Unfallstation auf der Karlsstraße gebracht.

Auglücksfälle. Am 20. v. M. Nachmittags kam ein Werkmeister auf der Breitenstraße zu Fall und brach das linke Bein. Feuerwehmannschaften leisteten ihm die erste Hilfe, nachdem wurde er in die Königl. Klinik gefahren. — Einem Monteur fiel in einem Neubau am Ringe ein schweres Bandelisen auf den Kopf, wodurch er einen Schädelbruch erlitt. Er fand im Allerheiligen-Hospital Aufnahme. — Ein Straßenreinigungsarbeiter stürzte auf der Kaiser-Straße zu Boden und brach den linken Arm. — Ein Arbeiter wurde am 20. v. M. Nachmittags auf der Garbe-Straße durch einen Rollwagen überfahren und erlitt eine schwere Verletzung des linken Beines.

Verhaftung. Am 22. v. M. der 30 Jahre alte Arbeiter Otto Weiß, welcher Dudenstraße 91 gewohnt hat.

Schwere Verbe. Montag Nachmittags wurden durch einen vorüberfahrenden Eisenbahnzug die Pferde eines auf der Friedrichstraße lebenden Bierwagens schon und rosten nach der Hölchenstraße, wo die Wagen an einem Gasanstaltel, welcher umgebenen wurde, hängen blieb und die Pferde stürzten. Der Wagen stürzte um, sämtliche Bierflaschen gingen in Scherben und das Bier ergoß sich auf die Straße.

Diebstahl. Einem Dienstmann von der Friedrichstraße wurde ein Sparkastenbuchs über 117 M. gestohlen. Als er auf der Sparkasse nachfrage hielt, erfuhr er, daß das Geld bereits bis auf 7 M. abgehoben war. — Aus einem Schuppen an der Thiergartenstraße wurden mittels Einbruches Herte, Sägen, eine Gartenspritze und eine große Badewanne gestohlen.

Gestohlen wurden am 21. v. M. aus einem Tanzlokal auf der Gabelstraße ein Lieberzieher mit einem Paar Glacehandschuhe und einem seidenen Tuch; aus einem Tanzlokal in Morgenau ein Lieberzieher, in der Spießernacht aus einem Tanzlokal auf der Kärntner Straße ein Lieberzieher mit einem Krappenschoner und einem Talschmuck.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 20. v. Mts. 32 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Pfandschein, ein Trauring, ein silbernes Kettenarmband, ein weißer Federbüschel, eine goldene und silberne eine Damenbrille. — Abhanden kamen: ein Paar goldene Ohrringe, ein goldenes Kreuz und ein goldener Damenringelring, gezeichnet A. G.

Glogau, 20. Febr. Schutz den „Stellvertretern Gottes“! Der Unteroffizier August Böhme vom Fußartillerie-Regiment Nr. 6 in Glogau stand vor dem Breslauer Oberkriegsgericht, angeklagt der gemeinlichlichen und gefährlichen Körperverletzung eines zivilisten unter rechtswidrigem Waffengebrauch. Das Kriegsgericht in Glogau hatte am 9. Januar in einer Strafsache gegen fünf Unteroffiziere wegen Körperverletzung von Zivilisten den Sergeanten Krüner und den Unteroffizier Riffsch von der Anklage freigesprochen, den Sergeanten Patka und den Unteroffizier Kraus auf je 20 Mark Geldstrafe wegen Körperverletzung eines Zivilisten mit Fäusten verurteilt und gegen den Unteroffizier Böhme wegen gemeinschaftlicher und gefährlicher Körperverletzung unter rechtswidrigem Waffengebrauch zu 43 Tagen verurteilt, wobei das Kriegsgericht damals feststellte, daß der Unteroffizier der Angreifer gewesen. Patka und Kraus vernichteten sich bei der Strafe und das Urteil ward rechtskräftig, Unteroffizier Böhme aber legte Vernehmung gegen das kriegsgerichtliche Urteil ein. Am 11. Juni entstand auf der alten Oberbrücke in Glogau ein Streit zwischen Militär und Zivil, der in Schlägerei ausartete. Dabei mißhandelten die Unteroffiziere Patka und Kraus den Kupferknecht Gohr mit den Fäusten und Böhme schlug den Zivilisten Büttner mit der Faust aus Rinn und mit der Seitengewehrlänge über die rechte Hand und den Schenkel. Vor dem Oberkriegsgericht beantragte der Verteidiger Leutnant Schmidt Freisprechung wegen Notwehr, der Vertreter der Anklage, Ober-Kriegsgerichtsrat Laub beantragte ebenfalls Freisprechung wegen vermeintlicher Notwehr und Unangefährlichkeit der Sache. Das Ober-Kriegsgericht erkannte tatsächlich auf Freisprechung.

Piegnitz, 21. Februar. Was man Arbeitern zu mutet. Bei der Firma Sandig u. Co., Silberwarenfabrik, sind Differenzen ausgebrochen. Es handelt sich um Lohnabzüge von 10 bis 30 Prozent, die sich die Arbeiter natürlich nicht gefallen lassen können. Es wird erucht, Zugang fernhalten zu wollen.

Bunzlau, 21. Februar. Ein Stückchen kommunalpolitischer „Weisheit“ hat mit dem neuen Kanalgebühren-Statut für unsere Stadt jetzt Leben und Form angenommen. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung haben es die Stadtväter trotz lebhafter Opposition eines großen Teiles der Bürgerchaft angenommen. In dieser Sitzung war endlich der Kanalgebührenentwurf des Magistrats in die Hände des Kollegiums gelangt, nachdem derselbe so lange als möglich als Geheimhaltung verwahrt worden war. Es stellte sich auch sehr bald heraus, warum der Magistrat und vor allem dem stellvertretenden Stadtverordneten-Vorsitzer die Veröffentlichung derselben so unausgeglichen war, denn sein einziges Mittel der Verheimlichung war mit diesem Entwurf verknüpft, selbst der Magistrats-Direktor gestand ein, daß er schlecht sei. Genosse Schöbs erwähnte die Debatte hierüber und derselbe erklärte, daß derselbe das Minimum dessen beschaffe, was zur Vergütung, Amortisation und Unterhaltung der Kanalisation nötig sei. Fast 50 Prozent der aufzubringenden Summe sind auf die Mietsteuer gelegt und war es demgemäß Genossen Schöbs sehr leicht gemacht, den Entwurf in allen seinen wesentlichen Teilen kritisiert zu zerplenden. In der vorangegangenen General-Debatte gezielte Genosse Schöbs das Verhalten des Stadtverordneten-Vorsitzers in der Vorbesprechung, wo die Genossen Riffsch und Böhmol aufzueinander waren und eben wegen deren Anwesenheit das Material zur Kanalgebühren nicht veröffentlicht wurde. Der Magistrat, ja sogar die Mehrheit der Verammlung, waren, man hätte das kann für möglich halten sollen, mit den rechtswidrigen Maßnahmen des Herrn Vorbesitzers einverstanden. Und weshalb? Weil jedenfalls der Entwurf vorgelegt zur Kenntnis der Bürgerchaft gekommen sei, denn, so führte der Herr Vorsitzler selbst aus, die Genossen Riffsch und Böhmol hätten schon gespühten Bleistift und Papier zur Verfügung gehabt, um sich Notizen zu machen. (Schredlich!)

Die von anderen Genossen gestellten Anträge, die Kosten der Kanalisation durch Zuschläge zur direkten Real- und Einkommensteuer zu decken, wurden abgelehnt. Ebenfalls ein Antrag, den Entwurf einer Kommission zur nochmaligen Bearbeitung zurückzugeben. Der Gebührentwurf gelangte schließlich nach einigen finanziellen Änderungen als Provisorium, auf ein Jahr geltend, zur Annahme. Er stellt eine gewaltige Belastung der unteren und mittleren Schichten dar, welche zweifellos, was selbst Hausbesitzer in der Versammlung unumwunden zugaben, von den Besitzern der Grundstücke, welche befristet sein werden, ihre Lasten auf die Mieter abzumwälzen nochmals geschöpft werden. Die Gewerbetreibenden sind ebenfalls

unverordentlich belastet zu Gunsten der wohlhabenderen Schichten.

Die Kanalisation, die einen Kostenaufwand von rund einer Million Mark erforderte und im Jahre 1901 begonnen worden ist, wird in diesem Herbst fertig werden. Die hohen Verzinsungs- und Amortisationsquoten haben es notwendig gemacht, schon jetzt auf neue Einnahmen für die Kanalisationsverwaltung bedacht zu sein und darum ist dem städtischen Haushaltsplan für 1905 zum ersten Male der Kanalisationsetat mit 70.000 Mark in Einnahmen und Ausgaben hinzugefügt worden. Seine Haupteinnahmequelle hat dieser Etat in den Kanalgebühren, aus welchen 65.200 M. erzielt werden sollen. Die Verammlung nahm den nach dem Brieger Statut ausgearbeiteten Entwurf des Magistrats vernehmlich für ein Jahr an und setzte unter anderem die Kanalgebühren für bewohnte Räume in der Weise fest, daß bis zu 3 Räumen je 2 M., bis 5 Räume je 8 M. und über 5 Räume je 4 M. erhoben werden sollen.

Auf jeden Fall dürfte das eine Jahr, für welches die Gehührenerordnung Geltung hat, beweisen, daß eine gründliche Aenderung derselben nötig ist, wenn das Wohl der Stadtgemeinde nicht darunter Schaden leiden soll. Unsere Genossen haben gewiß ihr möglichstes getan, um die gerechteste Art der Verteilung der Lasten herbeizuführen (nach der Leistungsfähigkeit eines jeden auf Grund seiner Steuerkraft), um die Gemeinde vor Nachteilen zu bewahren, indem Genosse Schöbs aufs deutlichste nachwies, daß das Gesetz diesen Weg zulasse, und werden ganz gewiß die Steuerzahler Mühsal in kurzer Zeit inne werden, auf welcher Seite die wahren Volksgenossen zu finden sind.

Die „Weisheit“ der Stadtväter zeigt sich aber auch in der ganzen Art der Anlegung dieses famosen Statuts. Um nur eines herauszugreifen: Einstweilen weiß der Magistrat noch garnicht, wieviel jeder Einwohner zu zahlen hat. Ein Beamter muß erst von Haus zu Haus, Trepp auf, Trepp ab laufen, um die nötigen Unterlagen herbeizuschaffen. Man wird schon sehr bald einsehen, wie recht unsere Genossen handelten, als sie den Entwurf glatt ablehnten. Freilich: Wenn's dann nur nicht zu spät um Umkehr und Besserung sein wird!

Aus der Provinz Posen.

Der Herr Staatsanwalt. Wegen angeblicher Verleitung zum Meineid war der jugendliche Eisenbahnarbeiter Karl Sentel von Hohenalza (Znowozlag) angeklagt. Denselben lag zur Last, im Jahre 1902 in Bromberg vor der Strafkammer, wo er sich wegen Körperverletzung in der Berufungsinstanz zu verantworten hatte, es versucht zu haben, die damalige Kenigin Witwe Fröhlich zu einer falschen Aussage zu verleiten. Der Staatsanwalt beantragte daraufhin (!) ein Jahr sechs Monate Zuchthaus!!! Der Gerichtshof nahm dagegen an, daß die Vernehmung des Angeklagten das Tatbestandsmerkmal der Anklage nicht rechtsfertige und gelangte zur Freisprechung.

Die Staatsanwaltschaft ist die objektivste Behörde von der Welt!

Posen, 21. Februar. Die öffentliche Versammlung, welche Sonntag, Nachmittags 5 Uhr, stattfand, gestaltete sich zu einer interessanten und wirkungsvollen. Genossin Ottilie Baader aus Berlin kritisierte die jetzt abgeschlossenen Handelsverträge, welche den Arbeiterhaushalt sowie die Lebensweise des Proletariats in großem Maße befallen werden und wandte sich dann unter lebhaftem Beifall der Versammlung gegen die Bewilligung der Hochzeitgeheule, welche sich unsere Stadt sowie Provinz Posen geleistet hat. Auch mit ihren Ausführungen über die Zustände des Städt. Krankenhauses sowohl über das Verhalten unserer Kommune den Witwen und Waisen gegenüber, erzielte die Referentin stürmische Zustimmung der Besucher. Mit einem kräftigen Hoch auf die Arbeiterbewegung schloß die Versammlung.

In der Tischler-Versammlung, welche am Sonntag, den 19. Februar stattfand, referierte Genosse Peilert, Vorsitzender der Filiale Breslau. Nachdem noch der Vorsitzende, Kollege Mühlengewiß, in polnischer Sprache die am Ort trotz des guten Geschäftsganges herrschende Arbeitslosigkeit besprach, da meistens Kollegen von auswärts beschäftigt würden, nahm die Versammlung folgende Resolution an, in der die Lohnkommission aufgefordert wird, für Errichtung eines gemeinschaftlichen Arbeitsnachweises Schritte einzuleiten.

Posen, 20. Februar. Kaufmannsgericht. Für das Kaufmannsgericht der Stadt Posen finden am 11. März d. J. die Wahlen von 10 Beisitzern aus den Kreisen der Kaufleute und Handlungsgehilfen Abends von 6-10 Uhr statt.

Posen, 20. Februar. Der Erlös für verkaufte Jubiläumsmarken betrug im November 1904 203,775.65 M.

Die Ausgabe der Landes-Versicherungsausschalt belief sich im Oktober 1904 für Invalidenrente 289,042.67 M., Krankenrente 1,282.01 M., Altersrente 55,385.14 M., Beitragserstattungen 9,796 M., Summa 355,506.82 M.

Bromberg, 21. Februar. Goldarbeiter-Streit. Am 17. d. M. traten sämtliche Arbeiter der Gold- und Silberwarenfabrik von Döke "überfertsch-Bromberg wegen Differenzen in den Ausstand.

So wie in vielen anderen Betrieben ist auch in dieser Fabrik das Akkordsystem vorherrschend. Der Fabrikant bot seinen Arbeitern für einzelne Gegenstände Preise an, die nicht als Bezahlung für die leistenden Arbeiten angesehen werden konnten. Um diese Verhältnisse zu beseitigen, wurde eine von den Arbeitern gewählte Kommission am 4. d. M. bei dem Fabrikanten vorzefügt; dieser war aber zu einer Aussprache nicht zu bewegen, sondern antwortete kurz mit der Kündigung (!) eines Kommissions-Mitgliedes, worauf die andern Arbeiter sich mit dem Gefährlichsten solidarisch erklärten und ihre Kündigung erteilten. Ein Arbeiter, der im Hirsch-Dunker'schen Gewerbeverein organisiert ist, teilte dieses seinen Angehörigen mit. Der Vater desselben zog nun bei dem Fabrikanten über das „Geschehene“ nähere Erkundigungen ein, worauf derselbe von dem Fabrikanten folgendes Schreiben erhielt: „Ich komme erst heute zur Verantwortung Ihres Schreibens vom 10. d. M., da ich einige Tage verweilt war. Ich war gezwungen, Ihrem Sohn zu kündigen, da er mit noch einem Andern (auch ein Mitglied des G.-D. G. V.), systematisch angelegte sozialdemokratische Verhetzung meines Personals (!) vorgenommen hatte. Das ist aber der Dank dafür, daß ich diese Leute mit ganz besonderer Rücksicht, weil sie ältere, erfahrene Menschen und verheiratet sind, behandelt habe. Denn seit Monaten lasse ich alles, was z. B. Ihr Sohn arbeitet, auf Lager arbeiten, nur um diese verheirateten Leute nicht zu entlassen, was ich auch nicht vorgenommen hätte, wenn diese niederträchtigen, gemeinen Treiber nicht vorgekommen wären. Lohnfälschungen sind nicht vorgekommen und haben stets weit über den mit vereinbarten Wochenlohn von 28.80 M. verdient und ist hierbei auf durchschnittlich 35 bis 40 M. gekommen; bei alledem habe ich ihm vor Weihnachten noch eine Ertragsvergütung von 50 M. für seinen Umzug gewährt, aber als meine Vergensgüte (!) habe ich mit Unrecht und Schamlosigkeit vergelst bekommen, so daß ich froh bin, diese Gesellschaft los zu werden. Es wird die Zeit und zwar sehr bald kommen, wo die Not die Betreffenden zur Verlinnung bringen (!) wird, aber keiner darf mein Haus für die Folge von diesen Leuten betreten, auch werde ich dafür sorgen, daß ihnen anderweitig in ihren Stellungen keine Arbeit beschieden sein wird.“ (!!)

Daß die Arbeiter es hier nicht mit einem humanen Herrn zu tun haben, beweisen die letzten Zeilen des Briefes zur Genüge. Die Arbeiter werden auch hieraus wieder die Lehre ziehen müssen, daß nur eine geschlossene Arbeiterschaft solchen Arbeitgeber gegenüber treten kann. Die Arbeiter täten übrigens gut daran, gegen den offen auszusendeten Terrorismus des Chefs die Hilfe der Behörden in Anspruch zu nehmen. Wenn ein Arbeiter ähnliches gegen einen Streikbrecher niederster Sorte sagen würde, wären ihm lange Monate Gefängnisstrafe sicher. Und mit zweierlei Maß wird man doch in Bromberg nicht messen?